

BÄCKERZEITUNG

Offizielles Organ
des Verbandes der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Hamburg 23), Maxstraße 6.

Offizielles Organ
der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands
(Sitz Dresden), Liliengasse 12.

Telegramm!

In der Brotfabrik
Rüthenberg in Solingen
haben wegen Nichtbewilligung des Tariffs am 5. Juli
sämtliche 14 dort beschäftigte Kollegen die Arbeit nieder-
gelegt. Zutritt ist fernzuhalten!
Mitgliedschaft Solingen.

Die Unterschlagungen in der Bäckerei innung zu Berlin vor Gericht.

Ein eigenartiges Bild aus dem Innungsleben entrollte
sich am 30. Juni vor der Abteilung des Schöffengerichts
am Amtsgericht I.
Angeklagt waren die beiden Vertreter des Bäcker-
verbandes, Allmann und Barth, welche in den beiden Zei-
tungen „Deutsche Bäckerzeitung“ und „Der Bäcker“ in vier
Artikeln die Behauptung aufgestellt hatten, daß schon im
Jahre 1900 einmal durch den Redakteur der Meisterzeitung,
Herrn Bärsch, Unterschlagungen in Höhe von etwa 900 M
vorgekommen seien, ebenso jetzt vor einem Jahre abermals
von demselben Manne in Höhe von 2000 M. Dem Ober-
meister Bernard wurde zum Vorwurf gemacht, daß er die
Unterschlagungen wohl gekannt, aber vertuscht haben sollte.

Sie durch fühlte sich die Bäckereiinnung sowohl als auch
der Obermeister Bernard beleidigt und stellten Strafver-
fahren ein. Die Angeklagten wurden abgelehnt, worauf die
Prokuratur erhoben wurde. In der Verhandlung entrollten
sich allerliebste Bilder, die als Illustration zu dem bi-
sherigen Kampfe der Bäckereiinnung gegen die Gesellen-
organisation dienen mögen, deren Führer stets als Spiß-
buben an den Arbeitergroßmännern von den Innungsmeistern
verdächtigt und verleumdet wurden.

Als Zeugen wurden nur die vier in hervorragenden
Stellungen innerhalb der Innung befindlichen Bäckereiinnungs-
meister Michaelis, Apelt, Nobiling und Habild vernommen.

Michaelis als Revisor bestätigte, daß nach seiner Mei-
nung Unterschlagungen durch Bärsch vorgekommen seien.
Der Obermeister habe zwar den B. sofort, als er die Sache
gemerkt habe, seines Postens enthoben, habe ihm aber
Bücher und Gelder noch vier Monate in Händen belassen
und erst dann die Revisoren zur Revision eingeladen.

Obermeister Bernard erklärte, daß er dem B. deshalb
die Bücher und Gelder in Händen belassen habe, damit er
die Rückstände einziehen und die Bücher in Ordnung
bringen solle. Es habe sich auch dann herausgestellt, daß
der Vorwurf, B. habe Unterschlagungen begangen, unge-
rechtfertigt sei, vielmehr sei durch die eingegangenen Rück-
stände für Annoncen alles gedeckt und in Ordnung gebracht
worden.

Apelt als Vorstandsmitglied erklärt, daß er nur von
Gerüchten wisse, daß Unterschlagungen begangen sein
sollten, etwas Bestimmtes wisse er nicht, könne sich auch auf
den Fall im Jahre 1900 nicht entsinnen.

Nobiling erklärt, es sei im Jahre 1900 im Innungs-
vorstande im engeren Kreise erzählt worden, daß dem B.
Geld an der Zeitungskasse fehle. Darauf haben sechs Mit-
glieder des Innungsvorstandes, darunter er selbst und
Apelt, je 150 M gegeben, damit bis zur Revision das Geld
da sei. Auf die Frage des Vorsitzenden, was sich die Geld-
geber dabei gedacht hätten, erklärte Zeuge, daß sie die
Innung vor der Blamage bewahren wollten.

Vorsitzender: Sie hätten doch darauf bringen sollen,
daß damals B. schon seines Postens enthoben wurde.

Zeuge (nachdenklich): „Eigentlich ja.“ Dieser Zeuge
erzählt dann weiter, daß in der Innungsvorstandssitzung bei
der im vorigen Jahre stattgefundenen Unterschlagung dem
B. der Rat gegeben worden sei, öffentlich zu sagen, daß
er seine Aemter wegen — Krankheit niedergelegt habe.

Bernard sagt darauf: Unterschlagungen konnten 1900
nicht festgestellt werden, weil — niemand Einsicht in die
Bücher genommen habe. Bärsch sei nur geschwächt gewesen,
und daher sei in die Bücher große Unordnung gekommen.

Letzter Zeuge ist Habild. Diesen Zeugen wollte der
Rechtsanwalt Loewe, der Syndikus der Innung, durchaus
unmöglich machen (er hatte die Unterschlagungen aufgedeckt),
hatte aber damit kein Glück.

Der Zeuge erklärte, er halte seine oft wiederholte Be-
hauptung aufrecht, daß diese Unterschlagungen seien, von
denen auch der Obermeister Kenntnis haben mußte. Er
habe seine Aemter nur deshalb niedergelegt, weil trotz der
Verfehlungen des B. diesem wieder Vertrauensämter über-
tragen seien. Er bekomme ein Gehalt von 1500 M, wofür
er ja selbst eingetreten sei, aber daß der Mann, dessen
Ehre nicht fleckenfrei sei, für die Innungszeitung
schreibe, könne er nicht zugeben.

Zeuge sagt weiter aus: Er habe die nicht unbegründete
Vermutung, daß Bernard sich mit B. in den vier Monaten
nach der Unterschlagung in Verbindung gesetzt habe, und
da die Verwandten nichts hergaben, auf eine andere Weise

die Zeitungskasse in Ordnung gebracht habe, um die In-
nung vor Bloßstellung zu bewahren.

Das Urteil und namentlich seine Begründung ist für
die Innungswirtschaft geradezu vernichtend.

Der Vorsitzende führte aus: Das Gericht habe zwar
eine eigentliche Unterschlagung nicht feststellen können. Es
seien aber so grobe Unregelmäßigkeiten vorgekommen, daß
der Gerichtshof seine Verwunderung darüber aussprechen
müsse, wie es möglich war, daß einem solchen Manne noch
weiter Ehrenämter anvertraut würden. Der Vorsitzende
hob weiter besonders hervor, daß es doch wunderbar er-
scheine, wie Bärsch die ungeheuerlichen Beleidigungen der
betreffenden Artikel wie: „Spießbube“, „Betrüger“ und
„daß die Späßen schon die Unterschlagungen von den
Dachern pfeifen“ ruhig hinnehmen konnte, ohne auch nur
den Versuch der Verteidigung zu machen. Ferner wurde
vom Vorsitzenden scharf kritisiert, daß einem Manne, der
sich solcher groben Unregelmäßigkeiten schuldig gemacht habe,
vier Monate lang die Bücher belassen werden konnten.
Die Annahme, daß damit Vertuschung beabsichtigt wurde,
sei daher sehr naheliegend.

Die Rechnung des Artikels der „Deutschen Bäcker-
zeitung“ auf die „Berichtigung“ Bernards, nach welcher
noch Ueberfluß vorhanden sei und keine Unterschlagung
vorliege, hätte das Gericht ebenfalls wunderbar gefunden.
Das Gericht müsse sich den Schlussfolgerungen des Artikels
voll und ganz anschließen.

Die famose Berichtigung des Herrn Bernard in Nr. 34
Jahrgang 1903 unseres Blattes lautete:

Auf Grund § 11 des Preßgesetzes fordere ich Sie
auf, nachstehende Berichtigung in der nächsten Nummer
Ihrer Zeitung zu veröffentlichen:

In Nr. 33 Ihrer Zeitung vom 15. August d. J.
sind in dem Artikel „Ein Innungsstand in Berlin“
Unwahrheiten, Entstellungen und Beleidigungen enthal-
ten, die mir dem Strafrichter zu unterbreiten nicht ver-
fehlen werden.

Es ist unklar, daß vor zwei Jahren in der vom
Allmann und Redakteur Bärsch verwalteten Zeitungs-
kasse ein Konto von 900 M vorhanden war.

Es ist ferner unklar, daß im Juni d. J. ein
Zehnbetrag von ca. 3000 M entdeckt wurde. 3000 M
waren Ausgabe für Herstellung und Versendung der
Bäckerzeitung bis zum 1. Juli d. J. Dem gegenüber
stand eine Einnahme für Inserate und Abonnements
von ca. 2400 M. Den Reibetrag von 600 M hat Herr
Bärsch bei mir lange zuvor, ehe ich die Truderverrechnung
erhielt, hinterlegt.

Die beleidigenden Bezeichnungen für Herrn Bärsch,
die Verleumdung gegen die Innung und mich entbehren
jedes Untergrundes und werden ihre Ahndung finden.
S. Bernard,

Obermeister der Bäcker-Innung zu Berlin.
Und dieser Berichtigung, deren Wert unsere Leser nach
den eideckten Befundungen der Zeugen beurteilen können,
hatten wir folgende Bemerkung angefügt:

Zu dieser Berichtigung hätten wir nur zu bemerken,
daß uns diese Rechenerlei recht sonderbar vorkommt. Als
Herr Bärsch hat nach dieser Rechnung 3000 M Aus-
gaben gehabt, davon aber nur 2400 M eingenommen und
daneben — noch 600 M bei Herrn Bernard hinterlegt.
Er müßte demnach 1200 M aus seiner Tasche hinzugelegt
haben. Herr Bärsch wäre also ein Ehrenmann sonder-
gleich! Über die Rechnung stimmt nicht!

Der Vorsitzende des Gerichts führte weiter aus: Der
Obermeister Bernard selbst habe es geduldet, daß in der
Vorstandssitzung B. der Rat gegeben worden sei, er solle
öffentlich sagen, daß er aus Gesundheitsrücksichten sein Amt
niederlege. Dies sei ebenfalls Verschleierung.

Zum Schluß kam der Vorsitzende auf den Artikel im
„Bäcker“ zu sprechen, in welchem es heißt: Und solche Spiß-
buben stellt man mit einem Gehalt von 1500 M jährlich
wieder ein? Das ist geradezu eine Prämie auf die Spiß-
büberei. Der Vorsitzende erklärte hierzu ausdrücklich:
Den Begriffen der Moral entspricht es, daß man einen
Mann, der in so unglücklicher Weise mit fremden Geldern
wirtschaftet, sofort seines Amtes entsetzt. Auch der Ge-
richtshof konnte sich der Meinung nicht verschließen, daß
es eine direkte Prämie auf die begangene Spißbüberei sei,
wenn derselbe Mann wieder mit 1500 M besoldet und in
ein Ehrenamt eingeweiht würde.

Daher sei für die in den ersten drei Artikeln behan-
delten Tatsachen der Wahrheitsbeweis erbracht. Allmann
müsse freigesprochen werden. Barth wurde wegen der im
letzten Artikel enthaltenen formellen Beleidigung zu 50 M
Strafe verurteilt. Der Kläger hat vier Fünftel der Kosten
und Barth ein Fünftel zu tragen.

Weiter kann der Kläger im „Bäcker“ und der „Deutschen
Bäckerzeitung“ das Urteil auf Kosten des Angeklagten ver-
öffentlichen lassen.

Ob er es tun wird? Verurteilt ist die Innung und
ihre Schlampe; die Angeklagten sind glänzend gerecht-
fertigt.

Dorwärts!

Obwohl das Jahr 1903 kein Jahr wirtschaftlicher
Prosperität war, welches die gewerkschaftliche Aktion be-
günstigt hätte, hat dasselbe unserem Verbands doch eine
Zunahme von fast 1200 neuen Mitgliedern gebracht, ein
Erfolg, den kein Jahr zuvor aufweisen kann. Wenn schon
dieser Fortschritt zu frohen Hoffnungen berechtigte, kam
doch die in den ersten sechs Monaten dieses Jahres ein-
getretene Steigerung der Mitgliederzahl geradezu über-
raschend, und mit stolzer Genugtuung können wir konsta-
tieren, daß sich unsere Mitgliederzahl seit den letzten zwei
Jahren fast verdoppelt hat. Fürwahr, ein schöner Erfolg.
Ohne Zweifel ist die gewaltige Zunahme in den letzten
Monaten zum Teil auf das Konto der in den verschiedenen
Städten ausgebrochenen Differenzen und Lohnbewegungen
zu setzen, die Ereignisse in Frankfurt a. M., München, Kiel,
Lübeck, Bad Reichenhall und vor allem in Berlin haben
unsere Sache mächtig gefördert und uns eine große Zahl
neuer Kämpfer zugeführt.

So erfreulich diese Fortschritte sind, muß doch zugleich
betont werden, daß erst ein Teil der Riesenarbeit geleistet
ist, die geleistet werden muß. Tausende unserer Berufs-
kollegen haben das ABC der energischen Selbsthilfe immer
noch nicht begriffen, und es darf keinen Augenblick geruht
werden, neue Kämpfer zu werben, eine Mitgliedschaft muß
die andere an Emsigkeit überbieten in der Werbung neuer
Truppen; jeder Bezirk, jede Zahlstelle hat zu beweisen, daß
sie eine gute Mitgliedschaft haben, die unermüdet arbeitet,
vorwärts, dem ersten Zehntausend Mitglieder entgegen.

Es ist dies leicht zu erreichen, wenn sich jedes Mitglied
zum Vorbehalt nimmt, den ihm bekannten unorganisierten Mit-
arbeiter aufzuklären über die gemeinnützigen Zwecke unseres
Verbandes. Uns sind Kollegen bekannt, die freudig bewegt
jeden Monat mindestens ein neues Mitglied dem Verbands
zuführen.

Ehre und Hochachtung diesen rührigen Mitstreitern.

Aber sehr viele Mitglieder glauben genug getan zu
haben, wenn sie ihren Beitrag zahlen und andere agitieren
lassen. Weit verbreitet ist immer noch die Ansicht, der
Verbandsvorstand, die Bezirksleiter und die Vorstände der
Mitgliedschaften würden schon allein für den Fortschritt
der Organisation sorgen. Das ist ein schwerer Irrtum!
Die mit der Leitung betrauten Personen sind nicht allein
die berufenen Vertreter der Verbandsinteressen, sondern in
erster Linie müssen die Mitglieder den
Verband vorwärts bringen! Das ist eine
Binsenwahrheit. Die Mitglieder haben zu organisieren
und zu agitieren, sie haben die Fernstehenden aufzuklären
und heranzuziehen. Keinem der „Führer“ wird und ist es
gelungen, was das kameradschaftliche Zusammenarbeiten
aller rührigen Mitglieder zu Wege brachte. Bei uns darf
daher der Autoritätsdünkel keine Stätte finden, wir sind eine
demokratische Gemeinschaft, in der jeder Einzelne seinen
Mann zu stellen hat. Vertrauen auf die gewählten Leiter
ist gewiß notwendig, aber dies Vertrauen darf nicht so
weit gehen, daß die Mitglieder dem Vorstand und den Mit-
gliedschaften alle Agitationsarbeiten „anvertrauen“. Unsere
Mitglieder haben gleiche Rechte, aber auch gleiche Pflichten;
allen obliegt die gleiche Pflicht, unermüdet für den Ver-
band zu werben, wenn wir weiter kommen wollen. Nicht
eindringlich genug kann dies gesagt werden. Keine Kraft-
verschwendung durch Kleinliche, persönliche Zankereien, sie
stoßen ab, wenn auch wider Willen! Betrachten wir uns
als Menschen, alle behaftet mit Fehlern und Gebrechen,
und mancher unerquickliche Streit unterbleibt. Gaben wir
nicht alle zusammen einen Feind, gegen den wir unsere
volle Kraft wenden müssen? Was wir an Lebensmut und
Energie in uns fühlen, das wollen wir ausgeben im Kampf
für die Hebung der Arbeiterklasse. Damit erfüllen wir
den schönsten Lebenszweck und setzen uns ein Denkmal, das
alle Stürme der Zeiten überdauert.

Darum auf, Kollegen! Klären wir die uns noch Fern-
stehenden auf über den Zweck unseres Daseins, erschließen
wir ihnen einen weiteren Horizont, lehren wir sie er-
kennen die alleinbesehende Kraft der Massenorganisation!

Mache sich jeder gewissenhaft zur Pflicht, wenigstens einen neuen Kämpfer zu gewinnen. Nicht durch heftige, angreifende Worte kann man überzeugen, sondern in sachlicher, ansprechender Weise und nur mit Kollegialität wird der Berufende für uns gewonnen. Freundliches Vertrauen erweckt Vertrauen! Dadurch werden wir eine Macht und ein geschlossenes Ganzes bilden, das den Plänen und Machtgelüsten unserer Innungsmeister erfolgreich Widerstand leistet.

Allein eine bloße Zunahme in Bezug auf die Mitgliederzahl macht uns nicht ohne weiteres geeignet, unsere Hauptaufgabe, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für den ganzen Beruf, zu erfüllen. Es ist auch notwendig, die neugewonnenen Mitglieder zu schulen, die Präste fähig zu machen, an einem Punkt anzugreifen! Unsere Mitgliedschaften haben also neben der Agitation ihr Hauptaugenmerk auf die Erhaltung der gewonnenen Mitglieder zu richten. Auf welche Weise dies zu geschehen hat, ist schon mehrfach in unserem Organ und durch Broschüren erörtert worden und wird weiter besprochen werden.

Dah hier noch viel geschehen muß und kann, beweist die in Nr. 20 veröffentlichte Uebersicht über den Stand der Mitgliedschaften. Während in dieser erfreulicherweise eine ganze Anzahl Orte angegeben sind, in denen sich die Mitgliederzahl gesteigert hat und die Beitragsleistung eine bessere geworden ist, finden wir dagegen auch andere Orte, in denen intensiver, besser gearbeitet und agitiert werden muß, wenn nicht die errungenen Vorteile verloren gehen sollen. In sorgfältig vorbereiteter Weise ist die Hausagitation in Angriff zu nehmen und dem Mitgliederwechsel ist schärfere Aufmerksamkeit als bisher zu schenken. Es geben uns ein gut Teil Mitglieder verloren, weil sie eine andere Arbeitsstelle annehmen und dort dann keine Fühlung mit der Mitgliedschaft haben. Die Mitglieder müssen sich aber in erster Linie vor Augen halten, welche Vorteile ihnen verloren gehen, wenn die Mitgliedschaft erlischt. Streikunterstützung, Gemäßregelunterstützung, Reise- und Arbeitslosenunterstützung, Krankenunterstützung und Rechtschutz, alles setzt das unaufmerksame Mitglied aufs Spiel. Außerdem verdanken viele Mitglieder dem Verband eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen; auch diejenigen, welche nicht direkt an einer Lohnbewegung beteiligt waren, haben einen indirekten Nutzen von derselben! Mancher, der sich all dies vor Augen hält, wird sich vor Schaden bewahren.

Unsere Kollegen werden das alles wohl zu würdigen wissen, sie werden ihre volle Schuldigkeit tun und durch unermüdete Agitation unsere Reihen verstärken, damit, wenn dies Jahr zur Reize geht, das erste Zehntausend Mitglieder bedeutend überschritten ist!

Organisationsfragen.

Nachdem der Streik in Berlin für beendet erklärt worden ist, hat aller Veranschlicht nach, der deutsche Bäckerverband für das Jahr 1904 seine Lohnbewegungen durchgejocht, wenn ihn nicht in irgend einer Stadt oder Gegend plötzliche Maßnahmen der Arbeitgeber dazu zwingen, nochmals den Fehdehandschuh aufzunehmen.

Die Aufgabe dieser Zeiten ist nicht sein, langatmige Betrachtungen über die Resultate resp. Erfolge der diesjährigen Lohnkämpfe vorzunehmen, sondern sie haben die Aufgabe, auf Erscheinungen innerhalb unserer Organisation hinzuweisen, die vor das Forum der Gesamtheit gezogen werden müssen!

Ueber die Resultate der diesjährigen Lohnkämpfe ist wohl unter den gesamten Mitgliedern nur die Ansicht vorhanden, daß wir mit den Erfolgen sehr zufrieden sein können! Der deutsche Bäckerverband hat, nach der richtigen Bezeichnung des Verbandsvorstandes die *Generprobe* gegeben, worüber jedes Mitglied, welches hierzu beigetragen hat, ob in Altpreußen oder Rheinland, ob in Ostpreußen oder Bayern, stolz sein kann.

Unter Kampf in Berlin — von den Bewegungen in München, Kiel, Lübeck und Bad Reichenhain noch ganz abgesehen — der mit einer gewissen Keckheit unternommen, mit hartnäckiger Binnung durchgeführt, hat der Schlagfertigkeit des Bäckerverbandes das beste Zeugnis ausgestellt! Was hat uns nun in die Lage versetzt, dieses erreichen zu können?

Ohne allen Zweifel ist das Vertrauen der Kollegen zum Verbande nach Einführung der verschiedenen Unterzweigvereine bedeutend gestiegen, wenn das ganze System auch diese Unzulänglichkeiten mit sich bringt!

Die Erhöhung der Beiträge hat ein erhöhtes Interesse der Mitglieder wachgerufen, auch diejenigen, die nur ihren Beitrag zahlen, im übrigen aber keinen Finger für die Organisation rühren wollen, und dieses ist logischerweise aus dem Grunde geschehen, weil es keinen bedeutenden Menschen, wenn nicht vollständig Götzen und Kälz an ihm verloren ist, gleichgültig sein kann, wie und wozu die Beiträge, kein Geld verwendet werden.

Dieses ist im Interesse der Organisation ein erfreuliches Zeichen. Das Hauptverdienst ist aber auf das Konto der Kameradschaft, intensiven Aufklärungsarbeit zu setzen, wodurch es uns möglich war, den Bezug von Arbeitswilligen nach den Streikorten fast gänzlich abzuweiden zu können! Deshalb war der Beschluß des Dresdener Verbandstages: Den Hauptvorwand zu beantragen, daß, wo die Aussicht auf Remittenz dieses begründete, für die einzelnen Gänge besoldete Leiter anzustellen notwendig, um eben diese Arbeit durchzuführen zu können.

Aber wie jede Frage von zwei Seiten zu beurteilen ist, wie auch die besten Einrichtungen schädliche Folgerungen nach sich ziehen können, das bewahrheitet sich auch hier. Der Verbandsvorstand wird sich auch wohl bewegt gewesen sein, welche hohe Karte er spielte, alles daran zu setzen, um die Bewegung in ein schnelleres Tempo leiten zu können.

Das selbe Vorgehen hat uns bis jetzt, prozentual der Mitglieder gerechnet, noch keine Gewerkschaft vor gemacht. Wenn man sich aber nicht getraut hat, daß unsere Bemühen diese Früchte nicht nachkommen, im Gegenteil, hierbei ist im ganzen Verband sowohl wie die Kameradschaft, daß hierüber ihre volle Schuldigkeit zu leisten. Dies wird auch von den schärfsten Beamtengegnern, die

ja erfreulicherweise immer weniger werden, anerkannt, da ihre Notwendigkeit allzudeutlich begründet ist. Die Mehrzahl dieser, ohne allen Zweifel fortgeschrittenen Organisations-einrichtung hat nun folgende unliebsame Zustände mit sich gebracht:

Es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß gegenwärtig die praktische Organisationsarbeit der Mitglieder in vielen Fallstellen nicht in dem Maße mehr vorhanden ist, wie dies zu wünschen wäre. In den Städten, wo unsere Gauleiter ihren Sitz haben, wird es schwer, Kollegen zu einer Arbeit heranzuziehen die früher ohne jegliches Bedenken gemacht wurde, während jetzt vielfach die immer anzutreffende Ausrede gebraucht wird: „Ja, das macht der, wozu ist er denn da?“

Die Abrechnungen der Fallstellen in unserer „Väcker-Zeitung“ beweisen, daß sogar alte Mitgliedschaften nicht in der Lage waren, wenn der Gauleiter eine zeitlang nicht besucht wurde, die erreichte Höhe behaupten zu können. Selbstverständlich gibt es auch Mitgliedschaften, die ihre Ehre darin suchen, ohne besoldete Pfüße auskommen zu können.

Die Vertrauenslosigkeit auf die Allmacht der Gauleiter, die nach der Ansicht vieler Mitglieder für alles zu sorgen hat, wird, wenn dieselbe sich in derselben Weise weiter entwickelt, noch recht unliebsame Ueberraschungen mit sich bringen. Die beste und wirksamste Agitation, die von Mund zu Mund, von Werkstatt zu Werkstatt, ist und bleibt Aufgabe und Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes, denn diese zu erheben, wird sein, wenn auch noch so tüchtiger Beamtenstab in der Lage sein!

Unsere Gauleiter müssen bei Konflikten mit Arbeitgebern, damit keine Dumheiten gemacht werden, sofort zur Stelle sein; sie müssen ferner Verbindungen in Ortschaften, wo wir keine Mitglieder haben, anzubahnen suchen, um Mitglieder zu gewinnen und Fallstellen zu errichten, im übrigen aber in Mitgliederversammlungen die Anregung dazu geben, wie die Agitation gehandhabt werden soll; diese durchzuführen, ist aber Aufgabe der betr. Mitgliedschaft! Deshalb sind auch die Rufe, die gegenwärtig von Mitgliedschaften und begrenzten Gegenden ertönen über die Notwendigkeit, für dieselben besoldete Kollegen anzustellen, mit größter Vorsicht aufzunehmen, da sie zu leicht aus den oben angeführten Gründen hervorgehen. Im Interesse des Verbandes ist deshalb zu wünschen, damit die Erkenntnis von der Notwendigkeit der agitatorischen Tätigkeit jedes einzelnen Mitgliedes bei den Kollegen nicht zurückgedrängt wird, daß unter Verbandsvorstand diesen Anträgen in Zukunft etwas feilschender gegenübertritt und denselben eventuell ein entschiedenes „Nein“ entgegenstellt.

Wird in diesem Sinne von der Gesamtheit gearbeitet, in unserem Bestreben, bessere Existenzbedingungen zu erringen, das geistige Niveau der Bäckerarbeiter auf eine höhere Stufe zu heben, dann werden auch diejenigen unter uns, die „Siebenmalweien“ verstimmen müssen, die alles kritisieren, alles besser wissen und dabei von der Bärenhaut nicht runter kommen.

Denn nicht die große Zahl der besoldeten Kollegen, und mögen sie in jeder Hinsicht noch so fleißig und gewissenhaft sein, sondern die nimmer ruhende und nimmer rastende Organisationsarbeit der gesamten Mitglieder, die klare Erkenntnis desjenigen, was wir wollen, das ist das Fundament der Granit auf dem eine Organisation, wenn sie blühen und gedeihen soll, aufgebaut werden muß!

Paulus.

Der Verbandstag des „Freien deutschen Bäckermeisterverbandes“ in Mannheim.

Am 21. Juni tagte im großen Saale des Saalbauers bei harter Beteiligung — es mögen sich 1500 Mitglieder eingefunden haben — der 8. Verbandstag des freien deutschen Bäckermeisterverbandes.

Der stellvertretende Vorsitzende Fischer-Frankfurt eröffnete mit den üblichen Formalitäten um 11 Uhr die Verhandlungen. Bürgermeister Martin begrüßte die Erschienenen im Namen der Stadt und wünscht den Verhandlungen den besten Erfolg. Die Feststellung der Präsenzliste ergab, daß fast sämtliche angeschlossenen Korporationen vertreten waren. Im Bericht erwähnte der Vorsitzende, daß seit 1902 die Tätigkeit der Zeitung eine äußeren intensive war. Wohl sei der Mitgliederstand konstant geblieben, die Kassenverhältnisse sich dagegen um 1900 M. gebessert. Als einer der wichtigsten Punkte bezeichnete er die Errichtung einer Zentralstelle für Arbeitsnachweise und die angebahnten Einigungsverhandlungen zur Verschmelzung der beiden Meister-Verbände. Bei den diesjährigen Lohnbewegungen der sozialdemokratischen Gesellen habe die Zentralstelle für Arbeitsnachweise schon segensreich gewirkt. Die Umwandlung in Innungsverbände sei soweit vorgeschritten, daß nunmehr in Baden und Württemberg die Genehmigung ausstehe. In den unzähligen Petitionen gegen den Maximalarbeitsstag habe sich die Regierung allzudeutlich verhalten.

Das Kassenwesen, über welches Fisch-Frankfurt berichtete, schließt mit einer Einnahme von 9485 M. ab, welchen 265 M. Ausgaben gegenüber stehen.

Zum 4. Punkt, Bericht über die Tätigkeit der Zentralstelle für Arbeitsnachweise referierte Syndikus Dr. Westphal-Berlin 15 Minuten. Er erhielt in diesem Institut die Fortbildung der gemeinsamen Interessen. Fortwährende Klagen nützen nichts, man muß zur Selbsthilfe greifen. Redner verwahrt sich dagegen, daß die sozialdemokratischen Gewaltthäter in Hamburg diese Einrichtung Streikbrecherbüro bezeichnen. Es sei falsch, wenn angenommen wird, durch die Zentralstelle werden die Streiks der Gesellen im Keime erstickt. Die Grundbedingung sei, Erfahrungen zu sammeln, um den Gesellenführern, welche nichts anderes tun, als Streiks propagieren, die Möglichkeit zu nehmen, ihre Lohnbewegungen erweitern zu können. Man muß diesen Leuten die Waage aus der Hand nehmen. (Wie said, lieber D. D. B.) Selbst die kleinste Innung wird dann aus dem Schlafe geweckt, wenn ein Gesellen-Agitator das gute Einbernehmen zu trüben sucht. Hier sei die Hauptaufgabe zu ermitteln. Denn das Bäckerhandwerk sei von jeher der Frühlingsbegeisterung und am ungeeignetsten für das merkwürdige Erzeugnis des Maximalarbeitsstages. Auch sollen die Mitglieder bejeitigt werden, wenn neue Zeiten erfordern neue Aufgaben. Allerdings konnte bis jetzt noch nichts Grundstürzendes geschehen.

Schall-Gmünd berichtet sich von dieser Einrichtung für die kleinen Orte nichts. Er geißelte das Gebahren der Frankfurter Innung, welche im Frühjahr in den württem-

bergischen Provinzialblättern Gesellen suchte, denn diese werden, wenn sie nach dort kommen, ebenfalls sozialdemokratisch. Auch in Württemberg braucht man die jungen Leute. Ein Frankfurter Vertreter verteidigte diese Taktik, weil so den streikwilligen Gesellen das Oberwasser abgegraben wurde. Ein Teil der Redner ersticht keinen Vorteil für die kleinen Städte, während Blummann-Hamburg in den größten Farben das unheimliche Anwachsen der revolutionären Hydra schilderte. Wenn in Frankfurt die Meister unterliegen, dann kommen die kleinen Städte an die Reihe, das kann aber nur bei einer mangelhaften Organisation geschehen. In einem Jahr wird nicht alles so werden, wie wir es wünschen. Man muß doch die Organisation der sozialdemokratischen Gesellen erst kennen. Die Zentralstelle findet dort Verwendung wo die nachstrebende Organisation der Gesellen Lohnbewegungen in Szene setzen will. Die Kollegen stehen unter deren Druck. Von einer kleinen Stadt in Holstein schilderte er, daß die Meister aus Angst vor den sozialdemokratischen Arbeitern keinen Beitrag für die Berliner abliefern, sie fürchteten, daß der Boykott über sie verhängt werde. In eine anderen Stadt wollten die Kollegen nur mit ihm sprechen, wenn die Fenster geschlossen sind, so hat man dort Furcht vor den roten (?) Die Produktivgenossenschaften nehmen unheimlich an Erzeugung von Backwaren zu, ein Beispiel zeigt Lübeck seit dem Gesellenstreik.

Wöhme-Leipzig äußert sich im selben Sinne. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt und so bleibt es beim Alten, daß nämlich die Innungen über ihre Arbeitsnachweise allmonatlich Bericht einreichen an die Zentralstelle und diese bei Ausbruch eines Streiks alle überflüssigen Arbeitskräfte in die Kampforte dirigieren.

Berger-Stuttgart hielt das Referat über den 5. Punkt: Anschließ des Freien Deutschen Bäckerverbandes an den „Germania“-Verband. Redner recapituliert die Entwicklung der Genossenschaften zu Innungen. Er gab einen Überblick auf die in den achtziger Jahren bestandene Einigkeit und besprach in eingehender Weise die Trennung vom „Germania“-Verband und Gründung des jetzigen Verbandes. Jetzt sei aber auch für die Meister die Zeit gekommen, wo Einigkeit die Lösung ist und alle partikularistischen Ansichten bei Seite gelegt werden müssen. Der mächtigsten Organisation der Gesellen soll eine gleiche gegenübergestellt werden. Unsere Aufgaben: Beseitigung des Maximalarbeitsstages, Bekämpfung der Konsumvereine und Gesellenorganisation, zwingen uns zur Einigkeit. Eine von ihm vorgeschlagene Resolution wünscht den Uebertritt, Selbstständigkeit der Zweigverbände, Wahl einer Kommission zur Regelung dieser Materie.

Schall-Gmünd als Korreferent ist wohl für die Verschmelzung, glaubt jedoch durch die Eigenart der Süddeutschen auf Schwierigkeiten zu stoßen; das zeigt Hesse, wo der Landesverband aus dem „Germania“-Verband ausgetreten sei. Er habe noch nichts gutes über den „Germania“-Verband gehört. (Schlußrufe.) Den kleinen Innungen sei es dann nicht möglich, auf den Verbandstagen vertreten zu sein. — In der Diskussion beteiligten sich eine Anzahl Redner, die von einigen Abweichungen im Prinzip für die Verschmelzung sind. So will u. a. Kälberer-Stuttgart, daß das dortige Organ der Innung analog wie die „Allg. Bäcker- und Konditor-Zeitung“ ebenfalls vom „Germania“-Verband übernommen werden sollte. Ein anderer Redner erregte durch das Ablefen eines umfangreichen Schriftstückes, worin er für Zusammenschluß war, den Unwillen der Anwesenden, welchen dieselben durch Getrampel und Schlußrufe zum Ausdruck brachten. In der anschließenden Abstimmung votierten 37 Innungen für und 7 gegen die Resolution. Bernhard-Berlin, Vorsitzender des „Germania“-Verbandes, gab seiner Freude über den soeben gefaßten Beschluß Ausdruck und sicherte den Zweigverbänden die vollste Selbstständigkeit zu. Zur Erledigung der hierzu notwendigen Arbeiten wird eine aus fünf Personen bestehende Kommission gewählt.

Ueber den Maximalarbeitsstag referierte Binzer-Frankfurt. Neue Gesichtspunkte konnte auch dieser Redner nicht mehr vorführen. Die alten Ladenhüter, wie Minimierung des Kleinhandwertes und Störung des guten Einvernehmens zwischen Meister und Gehülften durch die Verordnung ziehen nicht mehr und so begnügte er sich nach einigen Minuten Redezeit mit der Unterbreitung folgender Resolution, welcher einstimmige Annahme zu Teil wurde und die dem Reichsminister überreicht werden soll:

„Die am 21. Juni in Mannheim zum 8. Zentralverbandstag des Freien Deutschen Bäckerverbandes versammelten Bäckermeister aus Süd- und Mitteldeutschland protestieren wiederholt gegen die Einführung des Maximalarbeitsstages im März 1896. Dieselben bitten um Abschaffung und statt dessen um Einführung der von der Regierung im Dezember 1900 vorgeschlagenen zehnstündigen Minimalruhezeit.“

Der Vorsitzende gab noch einen kurzen Bericht über die von Seiten der Leitung unternommenen Schritte zur Beseitigung bezw. Einschränkung des zollfreien Grenzverkehrs. Die Anregung hierzu wurde schon vor einigen Jahren von den Innungen an der Schweizer Grenze gemacht. In den Grenzorten holt nämlich die unbemittelte Bevölkerung größtenteils ihr Mehl und Brot von der Schweiz herüber, weil dort diese Lebensmittel billiger sind als in unserem teuren Vaterland. Nun will die Verbandsleitung dieses einschränken oder beseitigen. Aus dem Bericht ist zu ersehen, daß die Regierung nicht abgeneigt ist, darauf einzugehen. Zur Weiterverfolgung wurde diese Angelegenheit dem Vorstande überwiesen.

Ein Referat über die Schädigungen der Konsum-, Beamten- und Rabattvereine und deren Beseitigung bezw. Bekämpfung wurde wegen vorgerückter Zeit und nach abgegebener Erklärung von Bernhard-Berlin, daß in den nächsten Wochen von Seiten des Verbandes eine diesbezügliche Denkschrift herausgegeben wird, abgesetzt; bezugnehmend ein Antrag Wiesbaden: Welche Stellung nimmt der Verband zum Kohlenring und event. zum gemeinschaftlichen Kohlenbezug ein? Beschlossen wurde, beide Punkte in der Fachzeitung zur Erörterung zu bringen.

Der Vorsitzende schloß vor etwa 150 Versammelten den Verbandstag, die anderen Teilnehmer haben schon früher den Saal verlassen.

Der Verbandstag ging Montag abends im Innungshaus eine Gesamtvorstandssitzung voraus, wo beschlossen wurde, den Berliner Meistern 500 M. zu überweisen. Ein weiterer Antrag fand Annahme, daß jedes Mitglied 1 M. für die Berliner beisteuern soll. Beide Anträge erhielten auch in der Vollversammlung die Zustimmung.

Neben den Märchen von angeblichem Terrorismus, welche Herr Blummann zu erzählen wußte, und anderen Geistesblitzen, welche die Redner verapten, ist für uns nur der Beschluß interessant, daß aus Angst vor der vorwärtsstrebenden Gehülfsenschaft und

der Erklarung unserer Organisation, (wie dies offen von mehreren Rednern zugegeben wurde), sich der sogenannten freien deutschen Badermeisterverband dem „Germania“-Verband angeschlossen hat. Wir begrüßen diese Fusion mit Freuden, denn gleich rüchständig und reaktionär waren beide Verbände doch stets, deshalb gehören sie auch beide in einen Topf!

Die Schwindlerfirma

„Günters Bäder- und Conditorzeitung“ und die „Bäderzeitung“ des Herrn Bernard, an welcher letzterer nach den Feststellungen des Berliner Schöffengerichts der noble Herr Baerisch, der Mann der „Jamosen“ Durchführung, noch mitarbeitet, hat am letzten Sonntag keine Zeit gefunden, auch nur ein Wort über den Prozeß (siehe Bericht in diesem Blatte) zu bringen, statt dessen beliebt es beiden Schmutzblättern, zu lügen, daß sich die Balken biegen und zwar über den Kampf in Berlin. Erstes Blatt faßelt von einem „Siege der Meister auf der ganzen Linie“ und wir müssen gestehen, daß wir den Herrschaften noch mehr derartiger „Siege“, wie sie ihn in Berlin hatten, gönnen. Nur noch einige solcher „Siege“ und wir sind verloren, können die Leuten ausrufen. Diese Siege haben viel Ähnlichkeit mit den russischen Siegen in Ostasien, bei denen sich aber in aller Bescheidenheit die Russen immer weiter zurückziehen.

Folgender Satz dieses führenden Innungsblattes ist aber zu lässlich, daß wir ihn unseren Lesern nicht vorzuenthalten können; derselbe lautet:

„Wie nun der „Tarifvertrag“ zustande gekommen, darüber ist bereits berichtet worden, aber es schadet nichts, die „Prozis“ solchen Verfahrens nochmals in wenigen Worten zu beschreiben. Es war eigentlich dasselbe Manöver wie vor ein paar Jahren, als die Vertreter beider Innungen mit den Vertretern der streikenden Gesellen das Einigungsamt — leider! — in Anspruch nahmen und hier die Meister aus einer Trause in die andere kamen, bis sie selber beinahe daran glaubten, daß sie — die bösen Meister alleinst — im Unrecht seien und die Herren Gesellen die bisher so schmächtig Unterdrückten. Ihre Beweisführung galt nichts, die der Gesellenerreter — ja, Bauer, das war ganz etwas anderes. Ein solches Trauer-, Schauer-, Lust- und Tränenpiel wollten nun die Meister diesmal — aus „praktischen“ wie anderen Gründen nicht abermals über sich ergehen lassen, wenigstens nicht als Mitwirkende, und sie talen recht daran: der „Erfolg“ der Einigung war weniger ein solcher — als ein „Erfolg“: ganze 6 Meister gaben („und tust Du's nicht willig, so brauch' ich Gewalt!“) ihre Unterschrift, die sie aber im stillen längst bereut haben werden, denn das, trotz der schwersten geschäftlichen Schädigungen in einzelnen Fällen, einmütige Zusammenhalten der Meisterschaft beider Innungen hat derselben zu einem Siege auf der ganzen Linie verholfen.“

Wenn wir schon nach den gemachten Erfahrungen die Intelligenz der größeren Masse der Badermeister nicht zu hoch einschätzen, so glauben wir doch nicht einmal daran, daß sich in deren Reihen viel finden, welche solchen Schwindel glauben. Und die auswärtigen Innungsmitglieder, na diese glauben diese fanatischen Lügen erst recht nicht, dazu sind diese denn doch zu dumm!

Daß das Organ des Herrn Bernard, des Fabrikanten der Jamosen Verichtigungen, der Günterschen Tante im Lügen und Schwindeln noch weit überlegen ist, daran hat wohl überhaupt noch niemand Zweifel gehegt. Zu was hätte man denn auch die Mitarbeit des allen ehrlichen Baerisch sich gefiebert, wenn man dann nicht einmal in solch schwerer Zeit gehörig das Blaue vom Himmel herunterlügen könnte!

Geben wir einige Blüten der „ehrsüchtigen“ Tintenkulis der Bäder-Innung wieder. Es heißt dort unter anderem: „Die allermeisten Plakate sind verschwunden, und die paar, die noch in den Fenstern prangen, sind so unansehnlich und schmutzig, daß sie unzulänglich als Geschäftsempfehlung dienen können. Das Publikum kauft schon lange wieder seine Ware da, wo sie ihr am besten schmeckt. Die ganze Sorge beruht nur in der großen Mangelhaftigkeit einzelner Kollegen, welche glauben, zugrunde zu gehen, wenn ein Kunde abbestellt oder wenn sie jetzt des Abends etwas weniger Kasse haben, sie meinen, der Boykott sei daran schuld, während dies in jedem Sommer in den warmen Tagen ebenfalls so ist, denn die Meisezeit, das schöne frische Obst, die neuen Kartoffeln sind in Wirklichkeit die Veranlassung, daß unsere Einnahmen jetzt geringer sind.“

Darum Kollegen, schüttelt das Joch ab, welches die Streikleitung und die sozialdemokratische Parteileitung euch auferlegen will, es handelt sich nur um eine Nachfrage, bei welcher wir aber unter allen Umständen als Sieger hervorgehen müssen. Zu wünschen ist aber auch eine schnelle Beendigung des Kampfes, um weitere Schädigungen sowohl von Meistern wie von Gesellen fernzuhalten. Hierzu soll und muß jeder beitragen, dem das Wohl unseres Bädergewerbes am Herzen liegt.“

Daß die allermeisten Plakate verschwunden sind, wird den Herren jedes Kind glauben, nur dürften sie nicht vergessen, dabei auch zu erwähnen, daß dieselben schon vor 4 Wochen von der Gesellenorganisation für ungültig erklärt sind, es also für die Meister auch ganz zwecklos wäre, diese Plakate noch auszuhängen, wenn sie dieselben auch wirklich noch im Besitz haben würden, was aber gar nicht der Fall ist. Zum Schluß wünschen die Herren eine schnelle Beendigung des Kampfes, um weitere schwere Schädigungen vom Gewerbe fernzuhalten. Wie reimt sich denn das mit dem Vorhergesagten zusammen?

Wenn alles schwindelt, so darf dabei Dr. Westphal natürlich auch nicht fehlen, sondern er muß mindestens beweisen, daß er kein Gehalt auch nicht umsonst bekommt und er das Gehalt dazu hat, es ebenso dumm zu machen, wie die andern, und er stellt also folgendes Recheneispiel auf: „Genau läßt sich nicht feststellen, wieviel Stellen im Streikgebiet Berlin durch die Arbeitsnachweise der Innungen besetzt wurden. Die Zahl der Gesellen, die durch das Bureau der Germania-Innung während des Streiks in Arbeit geschickt wurden, betrug ca. 410; durch den Arbeitsnachweis wurden rund 350 Stellen im Mai besetzt. Dazu kommen die Vermittlungen, die durch die Bezirksvereine und die Vorstands-Mitglieder direkt vorgenommen wurden. Die Zahl der besetzten Stellen wird darnach auf ungefähr 1000 zu veranschlagen sein. Daraus ergibt sich, welche geringe Bedeutung der Streik als solcher für die Meister gehabt hat. Es sind damit auch die Behauptungen, als habe in Berlin Gesellenmangel geherrscht, als unzutreffend erwiesen.“

Der gute Mann legt sich also nur auf Schätzen, da ihm jede zuverlässige Grundlage an Zahlenmaterial fehlt. — Eine feine Statistik! Dann schämt er natürlich so gut, daß für den Verband, der im Mai die ganze Stellenver-

mittlung in Berlin in Händen hatte, eigentlich nur wenig übrig blieb. Man vergleiche nun mit diesen hanebüchernen Leistungen der „Zentralstelle für Arbeitsnachweis“ die Angaben des „Reichsarbeitsblattes“, welche genau das Gegenteil besagen.

Doch lassen wir die guten Deutschen weiter schwibeln und lügen, denn damit verlieren sie auch noch das letzte bisschen Achtung und Kredit bei der Bevölkerung, wenn sie überhaupt noch berartige Sympathien gehabt hätten!

Der Streik in Kummers Brotfabrik in Dortmund.

Telegraphisch teilten wir bereits mit, daß infolge Maßregelung von 2 Kollegen bei Kummer in Dortmund ein Streik ausgebrochen war. Der schöne Erfolg, den die Kollegen der Bergisch-Märkischen Brotfabriken durch ihren Tarifvertrag erzielt haben, hat eine mächtige Wirkung besonders bei den Kollegen der übrigen Brotfabriken ausgeübt. So auch bei Kummer, wo 9 Bäder beschäftigt wurden. Bis vor Kurzem war es nicht möglich gewesen, die Kollegen dem Verbandsbezug zuzuführen, trotzdem weit über die Dortmunder Grenzen hinaus die Kummer'sche Brotfabrik unter den Bädern einen üblen Ruf genoss und dies nicht mit Unrecht. Eine gerabzu furchtbare Schinderei von 12 und 14 Stunden täglich, oft ununterbrochen, und dabei ein Lohn von 15 M für 3 lebige Kollegen mit freier Wohnung, sowie Brot und 1 Pfund Butter wöchentlich. Ferner 3 zu 18 M, 1 zu 19 M und 1 zu 21 M bei freiem Brot, diese letzteren 5 Kollegen waren verheiratet. Daß sich ein verheirateter Mann bei solchem Lohn nicht entsprechend ernähren kann, um eine solche mördertische Arbeit leisten zu können, ist klar, geschweige denn eine ganze Familie davon zu ernähren. Es soll sogar einmal vorgekommen sein, daß Herr Kummer ihnen nach einer solchen Schinderei noch zugemutet hat, auf einem nahen Neubau Bauarbeiten zu verrichten. Erst, als ein Mitglied dort in Arbeit kam, schloßen sich auch die anderen Kollegen dem Verbands an. Das war Herr Kummer zu viel. Er nannte dies Aufbegehren! Als Herr Kummer nun von einer Reise zurückkam, fand sich schnell ein Judas unter den Kollegen, namens Brömelmeier. Dieser Mann, der selber Mitglied geworden war, wollte sich schnell Liebkind machen, ging gleich zu Herrn Kummer und berichtete diesem über alles Vorgegangene während seiner Abwesenheit, malte es recht schwarz und riet Herrn Kummer, die 2 nach seiner Meinung am meisten aufzubehenden Kollegen gleich zu entlassen. Nach anfänglicher Weigerung hat er dies dann auch ausgeführt. Darauf beschloßen die anderen Kollegen (auch Brömelmeier), die Arbeit niederzulegen und sandten eine Kommission zur Vermittlung zu Herrn Kummer. Herr Kummer, der nun erst den Ernst der Situation überschaute, und darob in große Aufregung geriet, lehnte eine Vermittlung ab und machte sich nun daran, mit Hilfe seiner Kutcher, einem alten, augenblicklich schwer kranken Badermeister und Brömelmeier, der gleich zum Verräter wurde, die Arbeit allein zu machen, während die ausständigen Kollegen sofort alle Maßnahmen trafen, um Streikbrecher fernzuhalten. Am anderen Morgen kamen infolge einer Annonce viel arbeitssuchende fremde Kollegen (denn Dortmund gingen sowieso nicht zu Kummer). Es muß aber auch den Kollegen zum Lobe nachgelagt werden, nur ein Wort „hier wird gestreikt“ genügte, und sofort machten sie wieder kehrt oder stellten sich mit auf Streikposten. Wieder so ein schöner Beweis, wie mächtig die Bäder schon vom Solidaritätsgefühl durchdrungen sind. Bedor am folgenden Abend, an dem sich noch keine fremden Streikbrecher gefunden hatten, die Arbeit beginnen sollte, gingen die Kollegen Raisting und Pechm, sowie Genosse Mehlis nochmals hin, um ihre Vermittlung anzubieten. Wieder vergebens. Die Anfangs ganz gut eingeleiteten Unterhandlungen wurden dadurch unterbrochen, daß Herr Kummer auf eine Bemerkung des Genossen Mehlis, daß er die Kutcher doch nicht Tag und Nacht arbeiten lassen dürfe, so in Wut geriet, daß er sich wie ein Tiger auf den Genossen Mehlis stürzen wollte. Er wurde jedoch von seiner Frau daran gehindert. Als nun die Kommission den Hof verließ, wurde sie auch noch von den Kutchern in der unflätigsten Weise beschimpft. Einer versuchte sich sogar an den Kollegen Raisting zu vergreifen. Bis zum Freitag Abend hatte Kummer noch einen ganz alten arbeitsunfähigen Mann als Streikbrecher gefunden, den sie wahrscheinlich in einem Brotwagen hineingeschoben hatten. Am selben Abend nahm auch das Gewerkschaftsamt Stellung zum Kummerstreik und beschloß, über das Kummer'sche Brot den Boykott zu verhängen. Aus den Genossen Mehlis, Bäumchen und Kardinal wurde eine Boykott-Kommission eingesetzt; um aber jeden Vorwurf, zur friedlichen Beilegung nicht alles getan zu haben, zu verhindern, sollte die Kommission mit dem Gauleiter und dem Ortsvorsitzenden nochmals vorstellig werden. Genosse Bäumchen bot nun Herrn Kummer brüderlich nochmals eine Verhandlung an und machte ihn dabei gleich auf die gefährliche Situation für ihn aufmerksam, worauf Herr Kummer zurückantwortete, daß er zu Verhandlungen bereit sei und die Kommission am Sonntag früh 11½ Uhr erwarte. Die Kommission und die Kollegen Raisting und Pechm gingen nun nochmals hin und es gelang in anderthalbstündiger Verhandlung, eine Einigung zu erzielen. Herr Kummer erkennt den Tarif, der mit dem Bergisch-Märkischen Brotfabriken-Verbands abgeschlossen ist, an; die Streikenden werden wieder eingestellt und der Streikbrecher Brömelmeier wird entlassen. Der Verband wird anerkannt. Damit haben wir einen schönen Erfolg erzielt, der gewiß wieder manchem Kollegen in Dortmund und dem ganzen Industriegebiet die Augen öffnen und sie dem Verbandsbezug zuführen wird.

Am Sonntag nachmittag tagte dann eine gutbesuchte Baderversammlung, in der Kollege Raisting über den Streik in Kummers Brotfabrik referierte. Der erzielte Erfolg wurde alleseitig mit Beifall begrüßt und wiederum eine Anzahl neuer Mitglieder gewonnen. Öffentlich wird nun aber auch die Dortmunder Mitgliedschaft die nötigen Maßnahmen treffen, um gleich den anderen Mitgliedschaften sich immer mehr zu vergrößern, um bald zu diesem Vorpostengefecht einen allgemeinen großen Kampf führen zu können. Innerer Ausbau, Stabilität und exakte Straffe Leistung zu schaffen, ist jetzt das notwendige für die Dortmunder Mitgliedschaft.

Aus unserem Bernse.

Nachahmenswerter Opfermut. Bei der Ausarbeitung der Streikbeiträge für den Monat Mai hatte die Hauptverwaltung die Mitgliedschaften in den Streikorten Kiel, Lübeck, Berlin und Bad Reichenhall davon ausgenommen. Die Mitglieder genannter Orte waren also in Anbetracht dessen, daß sie viel höhere Streikbeiträge am Orte bezahlen mußten, von der Entrichtung dieses

Streikbeitrages von 1 M für den Monat Mai befreit. Jetzt haben nun die Mitglieder in Bad Reichenhall beschlossen und den Antrag bei der Hauptverwaltung gestellt, daß auch sie noch diesen Streikbeitrag bezahlen können, welcher Wunsch ihnen auch erfüllt wurde. Ebenso erfreulich ist, daß viele Einzelmitglieder der Hauptklasse freiwillig schon viel mehr als diesen einen Streikbeitrag bezahlt haben! — Solcher Opfermut der Mitglieder läßt uns auch getrost noch viel schwereren Kämpfen entgegengehen, als wir sie in diesem Jahre durchgeföhrt haben!

Die „Westdeutsche Bäderzeitung“, das Kölner Innungsorgan weilt in einem konfusem Durcheinander gegen eine dort stattgeföhnte Gesellenversammlung und unsere Organisation. Das wundert uns nicht, schließlich unsere Mitgliederzahl in Köln sich fortwährend in erfreulicher Weise vermehrt, was auch den Kölner Innungsproben bekannt sein muß! Aber zur Erweiterung unserer Leser wollen wir doch den Sermon jener Saumpflanze um Abdruck bringen. Es heißt dort: „Die Mittel zum Zweck scheinen diesen Weltverbesserern nicht gerade heilig zu sein, es heißt nur immer, tüchtig über denjenigen schimpfen, dessen Brot sie essen. In früheren Zeiten hieß es: „Dessen Brot ich esse, dessen Lied ich singe!“, ja, in früheren Zeiten, da gab es recht wenig Lohn und schwere Arbeit, nebenbei wurde man auch noch daran erinnert, daß man als junger Staatsbürger auch gewisse Pflichten hatte, nämlich Steuern zu bezahlen! Man war mit dem Lose froh und zufrieden. Heute allerlei geschäftliche Erleichterungen, den Maximalarbeitsstag und die staatliche Fürsorge der sozialen Gesetzgebung, keine Steuern und nur unzufrieden. Dafür sind die Leute aber aufgeregter!!!, d. h. sie bringen es nicht mehr zur Selbständigkeit; dieses tut auch nicht mehr, nur immer tüchtig Geld für die Agitatoren und Streikbrüder bezahlen und zeitweilens „Arbeiter“ bleiben. Dann ist auch die Berechtigung da, den Meisterproben gründlich auf's Dach zu steigen, denn an Hilfsbarmangel fehlt es diesen Aufgeklärten durchaus nicht, samt den Blättern der Hintertreppe, die ihnen den aufblühenden Stoff zutragen.“ — Kommentar überflüssig! — Das Geschreibsel ist so „geistreich“, wie es eben nur dem verkehrtesten Hirn eines Baderinnungsproben entsprängen kann!

„Die Berliner Innungsmacher sind heute noch außer Rand und Band und wenn sie nicht bald in sich selbst gehen, werden sie nach Dalldorf gehen müssen. Sie tragen sich jetzt mit dem Gedanken herum, ob es nicht zweckmäßiger wäre, dem Streikbrecherbureau, genannt „Zentral-Arbeitsnachweis“, noch anzufügen: für durch den Boykott ruinierte Badermeister. Dr. Westphal wird den Titel „Generalsyndikus“ für unsichtbare Arbeitswillige“ erhalten.“ (Mitdrachmeldung der Wiener Bäderzeitung aus Berlin.)

Offen und ehrlich gestehen mal unsere Innungsmacher zu, daß die Verbandstage des Germaniaverbandes und von dessen Unterverbänden nur in Festlichkeiten, Festafeln und Saufgelagen bestehen, denn in der „Günterschen Bäderzeitung“ wird geschrieben, daß der Unterverbandstag Nordwest vom 26. bis 28. Juni in Oldenburg „gefeiert“ wurde. — Wenn sich dann die Herren bei vollgedeckter Tafel, gutem Bier und altem Wein in die nötige Stimmung „hineingefeiert“ haben, dann befinden sie sich in der besten Verfassung, über die Begehrlichkeit der Gesellen weiblich zu schimpfen und die schönsten Klagelieder über die Schmerzen des untergehenden Baderhandwerks anzustimmen!

Innungs-Sprechwesen. Die Gewerbe-Deputation des Magistrats zu Berlin beschloß, die Beratung über einen Antrag der Bäder-Innung „Concordia“ zu vertagen, der darauf hinausgeht, daß der Magistrat zu der von der Innung beschlossenen Abänderung des Sprechwesens (es wurde in der betr. Versammlung der Innung die Errichtung von drei Sprechämtern beschlossen) die erforderliche Zustimmung gebe, die vom Gesellenauschuß verweigert worden ist. Es sollen Erhebungen darüber angestellt werden, wie sich das System bei der Innung „Germania“ bewährt hat; auch soll der Gesellenauschuß Gelegenheit erhalten, sich über die Gründe seiner Weigerung zu äußern. — Die „Concordia“-Innungsmänner sind ganz verblüfft darüber, daß die Aufsichtsbehörde für die Innungen ihren so schon eingefädeltan Plan der weiteren Bevormundung der Gesellen in der Arbeitsvermittlung nicht ohne Weiteres gutheißt!

Eine mäßige Feiertagsruhe an den drei hohen Festen ist den Badergehülften der Städte Nürnberg und Fürth durch Regierungsverordnung insoweit garantiert, als den Meistern verboten ist, Gehülften und Lehrlinge vom ersten Feiertag vormittags 10 Uhr bis zweiten Feiertag abends 8 Uhr zur Arbeit heranzuziehen. Um die Umgehung dieses Verbots zu erschweren, wurde zu gleicher Zeit auch bestimmt, daß in der genannten Zeit die Baderläden ebenfalls geschlossen sein müssen. Trotzdem wird noch vielfach gegen die Verordnung geföhnt, da nur ein kleiner Bruchteil der Gehülften organisiert ist und die Indifferenzen nicht den Mut haben, sich gegen den Meister zu wehren und die Behörde um Schutz anzurufen, wenn der Meister sie zur Arbeit kommandiert. Die Verordnung ist erst seit einigen Monaten in Kraft, es hat sich aber doch schon herausgestellt, daß die Bevölkerung sehr wohl einmal an einem einzigen Tage ohne frisches Brot auskommen kann, und die Unzuträglichkeiten, die von pedantischen Leuten befürchtet wurden, sind nicht eingetreten. Auch die Badermeister haben in ihrer Mehrzahl eingesehen, daß sie nicht gleich zu Grunde gehen, wenn ihre Betriebe einmal einen Tag still stehen. Aber einzelne Elemente finden sich immer wieder, die es nicht über sich gewinnen können, den noch geduldeten Feiertag zu halten, und die entweder ihre Gehülften rechtswidrig zum Arbeiten heranzuziehen oder selbst haben und den feiernden Bädern mit frischem Brote Konkurrenz machen. Die Baderorganisationen in Nürnberg und Fürth haben eine Anzahl solcher Badermeister, die zu Eßern und Pfingsten in der verbotenen Zeit gebadet haben, in der Presse an den Pranger gestellt und auch dem Gericht zur Anzeige gebracht. Der Badermeister Schmelzer in Fürth, der ebenfalls in der Nacht vom Ostermontag auf Montag wider die Verordnung verstoßen, erhielt vom Gericht einen Strafbescheid auf 15 M Geldstrafe wegen Vergehen wider § 105 b der Gewerbeordnung. Er hatte in der erwähnten Nacht seinen Schwager, einen Schreiner, sowie seinen 13jährigen Sohn, einen Rechtschüler, bei der Herstellung von Badwaren als Ausbülfskräfte benützt. Da er gegen den Strafbescheid Einspruch erhob, mußte sich auch das Schöffengericht mit der Sache befassen. Der Amtsanwalt hielt die Anklage unrichtig und vertret den ganz richtigen Standpunkt, daß auch die nur

auswärtige beschäftigten Personen unter die erwähnte Bestimmung der Gewerbeordnung fallen. Auch die Konkurrenz sei heimlich, da es möglich wäre, daß ein Bäckermeister an verbotenen Arbeitstagen seine ganze Verwandtschaft zusammenrommelt, um frische Backwaren herzustellen, die die anderen Bäckermeister, von denen die Mühsal eingekauft wird, nicht liefern können. Allein das Gericht erkannte auf Freisprechung. Maßgebend sei in diesem Falle nur der Schutz der gewerblichen Arbeiter, keineswegs aber der Schutz der Konkurrenz. Bei den im vorliegenden Falle beschäftigten Personen handle es sich nicht um gewerbliche Hilfsarbeiter, weil kein verlagsmäßiges Arbeitsverhältnis vorliege, sondern um Personen, die aus verwandtschaftlichen Rücksichten auswärtig kurze Zeit bei der Herstellung von Backwaren tätig gewesen seien. Dementsprechend ergreift der Amtsanwalt Verweisung zum Landgericht, denn dieses Urteil muß in mehr als einer Hinsicht bedenklich und geeignet erscheinen, die mühsam errungene kurze Ruhezeit der Gehilfen wieder illusorisch zu machen. Die übrigen Bäckermeister werden natürlich, um der Konkurrenz zu begegnen, gleichfalls an den zweiten Feiertagen hüten und dabei nicht immer ihre Verwandten als „Aushilfskräfte“ verwenden, sondern es werden trotz der Verordnung, vielfach auch die Gehilfen und besonders die Lehrlinge herangezogen werden.

Drei Feiertage im Jahre wünscht der Gesellenauschuss der Bäckerei in Hamburg amtlich eingeführt zu haben. Er hat in einer Eingabe an den Senat diesen Wunsch, eine Verordnung zu erlassen, daß an den drei hohen Feiertagen, Weihnachten, Ostern und Pfingsten, die Arbeit vom ersten Feiertag früh 8 Uhr bis zum zweiten Feiertag abends 9 Uhr in sämtlichen Bäckereibetrieben zu ruhen hat. Der Begründung entnehmen wir: Der Vorstand der Bäder-Zwangsgemeinschaft, sowie auch die übergroße Mehrzahl der Bäckermeister haben dieser Frage schon seit Jahren sympathisch gegenübergestanden, was dadurch erwiesen ist, daß jetzt nur im achten Teil von sämtlichen Betrieben in der Nacht vom ersten zum zweiten Feiertag gearbeitet wird. Konstatiert wird ferner, daß das Publikum zum allergrößten Teile dies Verlangen unterstützt, den Bäckern auch an den drei hohen Feiertagen je einen freien Tag zu gewähren, da am zweiten Feiertag nur sehr wenig Backwaren verlangt wird. Weiter heißt es in der Eingabe: „Wenn einzelne Bäckermeister, die an den hohen Feiertagen an keinem Tage die Arbeit ruhen lassen, sich damit ausbreiten, daß Publikum oder gar das verwöhnte Publikum gönne den Bäckern keinen freien Tag und verlange frische Ware, so trifft dies wohl nur in ganz vereinzelten Fällen zu. In den meisten Fällen ist dies wohl nur der leidigen Konkurrenz zuzuschreiben. Ein gleiches Gesuch, das von dem Gesellenauschuss und der Bäder-Zwangsgemeinschaft zu Altona im vorigen Jahre an den Herrn Regierungspräsidenten zu Schleswig eingereicht wurde, ist dahin beantwortet worden, daß, sobald ein Hoher Senat der Freien und Hansestadt Hamburg dieses Verbot erlasse, der Herr Regierungspräsident einem solchen ebenfalls geneigt wäre.“ — Die Ausschussbehörde für die Innungen ist vom Senat nunmehr beauftragt worden, durch Umfrage bei den Innungsmitgliedern festzustellen, wie viele dem Antrage des Gesellenauschusses zustimmen.

Wie die Alten jungen, so zwischen auch schon die Jungen.“ An dieses Sprüchwort wird man erinnert, wenn man folgendes Programm des Verbandstages der Bäckermeisterkinder in München liest: Sonntag, den 10. Juli 1904:

- 12 Uhr mittags: Ankunft der Kollegen aus Berlin, Potsdam, Hamburg etc. Empfang am Bahnhof und Leitung in die Quartiere.
 - 1 - Gemeinsamer Mittagstisch.
 - 4 - Besichtigung des Innungshauses.
 - 6 - Gesamtvorstandssitzung.
 - 8 - Empfangsabend im f. Hofbrauhaus (Kartensaal).
- Montag, den 11. Juli 1904:
- 9 Uhr vormittags: Eröffnung des Verbandstages, Beginn der Verhandlungen im Innungshaus.
 - 1/2 - Gemeinsamer Mittagstisch.
 - 2 - Fortsetzung der Beratungen.
 - 5 - Besichtigung der Bäckereianlage von A. Seidl, f. hager. Hoflieferant.
 - Abends: Bräutigam Kellerbesuch.
- Dienstag, den 12. Juli 1904:
- 9 Uhr vormittags: Fortsetzung der Beratungen, abschließend Besichtigung einer weiteren Bäckerei.
 - 1 - Gemeinsamer Mittagstisch.
 - 3 - Fortsetzung und Schluss der Verhandlungen.
 - 8 - Abschied.
- Mittwoch, den 13. Juli 1904:
- Vormittags: Stadterkundung.
 - Nachmittags: Ausflug nach dem Sternbergersee mit Musik.
 - Abends: Abschiedsfeier im Vereinslokal (Innungshaus).

Für das Verhalten und den Ausfall in die Teilnahme von Damen sehr ermuntert, der Empfangsabend und die Abschiedsfeier sind als gemütliche Partyschmauserei gedacht. Zur Teilnahme am Festmahl und am Ausflug werden Herren ausgeschrieben, in deren Preis (4 M.) das trodene Konzert beim Festmahl und der Musikzug beim Ausflug inbegriffen sind.

Am 4. Tage Beratungen und dazwischen günstigen Falles 17 Stunden Beratungen, wo sich die Herren „Bäckermeister“ (wie sie ein unbekannter Innungsmitglied sich unkenntlich herausgelassen werden, das dem Rat zu erfinden, wie sie beim nächsten ausstehenden Gesellenrat gegen ihrem Programm den Meistern aus der Kirche helfen können, ohne selbst erkranken und schmerzen zu müssen!

Eine sündflutartige Humbug. Aus Berlin wird berichtet: Der Bezirksverein der Bäckermeister des Berliner Landes will in den nächsten Quartalsversammlungen der beiden Bäder-Innungen beantragen, daß die Bäckermeister, die beim letzten Streik die Forderung der Erweiterns anerkannt haben, ausgeschlossen werden. Wie es heißt, ist für den Antrag eine starke Mehrheit vorhanden. Diese Bäcker können wirklich unter Mitleid erregen, denn sie sind immer waren, als wären die preussische Polizei erlosch. Denn die heim es als selbstverständlich an, daß „Arbeiter“ und „gebildete“ Innungsmeister genau wissen, welche die gesetzlichen Bestimmungen einer Innung sind. Aber davon haben jene Berliner Meister offenbar keine Ahnung. Sie mögen sich den Titel VI der Reichsgewerbeordnung, insbesondere die §§ 61 a und 61 b, welche von den Aufgaben und Bestimmungen der Innungen handeln, einmal genau ansehen. Da können sie sehen, daß einer Innung nicht die Person ist, welche Mitglieder aus dem anerkannten Grunde ausschließen. Aber der Geist eines braven Terroristen, der besonders in den Innungen eine gewisse Geltung hat, bringt es

mit sich, daß die Innungsmitglieder glauben, sich gegenüber oppositionellen Elementen alles erlauben zu können. Dementsprechend klopft die Ausschussbehörde den Berliner Herren gehörig auf die Schädel.

Die christlichen Organisationszerstörer und Verräter der Geselleninteressen an der Arbeit! Die „Westdeutsche Bäderzeitung“, das Kölner Innungsblattchen, berichtet schmerzhaft über folgende Kölner Verammlung: „Eine vom christlichen Verband der Bäckergesellen einberufene Versammlung tagte in der vorigen Woche „Im Kaiser“ und beschäftigte sich hauptsächlich mit der Durchführbarkeit des Maximalarbeitstages im Bäckergewerbe. Es trat die Meinung zutage, daß derselbe in kaum 95 pzt. aller Betriebe regelrecht eingehalten werde? Das Bäckergewerbe sei bezüglich der zu leistenden Arbeit so eigentümlich wie kein anderes Gewerbe, indem die Arbeiten in den letzten Tagen der Woche größer seien, als zu Anfang der Woche. Wenn man auf dem Boden des Handwerks stehen wolle, müsse man für eine Wochenarbeitszeit von 72 Stunden eintreten, dann könne man auch eine Sonntagsruhe im Bäckergewerbe erlangen. Die in der Versammlung anwesenden Mitglieder des freien Verbandes sprachen sich gegen die Umänderung des Maximalarbeitstages in eine Wochenarbeit aus, wobei es zu erregten Szenen kam. Schließlich nahm man folgende Resolution an: „Die heutige vom christlichen Bäckerverband einberufene öffentliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und erkennt an, daß der Maximalarbeitsstag für die Gehilfen vollständig illusorisch ist. Sie hält deshalb auch die Umänderung des Maximalarbeitstages in eine 72stündige Wochenarbeit für erstrebenswert, da durch dieselbe auch die Beseitigung der Sonntagsarbeit ermöglicht wird.“ — Komische Kränze, diese christlichen Brüder! Nach ihren eigenen Worten soll in „kaum 95 pzt. der Bäckereien der Maximalarbeitsstag regelrecht eingehalten werden“, es wären nach diesen Leuten also nur gut 5 pzt. Bäckereien, die sich nicht um das Gesetz kümmern. Daraus folgern nun diese Leuten in ekelhafter Bauchschneiderei vor den Arbeitgebern, daß der Maximalarbeitsstag nicht eingehalten sei, obgleich sie selbst das Gegenteil beweisen! Jedenfalls wollen sie sich durch den Beschluß nur bei der Innung in empfehlende Erinnerung bringen!

Eine Schinken-tour. Der Gesangsverein der innungstreuen Gesellen Hamburgs, „Frohinn“, veranstaltete am Donnerstag eine Schinken-tour nach der „Goldenen Wiege“ bei Harburg. Dort angekommen setzten sich einige Teilnehmer der aus 20 Mitgliedern und 6 Gästen bestehenden Gesellschaft zum Kartenspiel hin. Pflötzlich erscheint Herr Kruse, Präses des zu Handlungsdiensten der Innung stets bereiten Vereins, haut auf den Tisch, öffnet den M... und spricht die geistvollen, inhaltsschweren Worte: „Ich, der Präses vom Frohinn, was wollt Ihr Bauernfänger, Ihr seid doch mitgekommene um Euch durchzupressen und -saufen zu können, Ihr Lumpen.“ Als ihm entgegengestellt wurde, daß ihm dies gar nichts angehe, erhob der „Präses“ vom Frohinn seine Hand wie zum Schwur und bekräftigte demselben, indem er mit einem Seidel einem Kollegen ein Loch in den Kopf schlug. Der eine von den Gästen erkannte die Situation und lief weg, von sechs „Frohinnjüngern“ erfolglos verfolgt. Darauf wandte sich die Garde gegen einen Kollegen, welcher sie beruhigen wollte; durch einen Schlag von hinten über den Kopf brach er bewußtlos zusammen; mit Stöcken und Schirmen bearbeiteten nun die „Frohinnjäger“ denselben wie ein Stück Vieh. Danach meinte der Vorstand, wahrscheinlich wieder der „Präses vom Frohinn“, wir könnten ihn ja mitnehmen, aber laßt ihn nur liegen. Nach vieler Mühe gelang es dem Kollegen, nachdem er nochmals zusammengebrochen war, zu einem Brunnen zu gelangen, um sich vom Blut zu reinigen. Die Sache wird ein gerichtliches Nachspiel haben. Die Hamburger Kollegen werden hoffentlich wissen, wie sie in Zukunft mit dem Gesangsverein resp. dem Präses vom „Frohinn“ (Vereinslokal Innungspalast) zu verfahren haben.

Doch die Moral von der Geschichte: Verkehr mit solchen Heiden nicht, denn so da willst Dich amüßieren. Darf mit dem „Frohinn“ nicht maršieren!

In Kiel ist leider nach dem Streik eine allgemeine Panik unter den Kollegen zu Tage getreten, als wenn man alles, was wir erreichten, in friedlicher Weise von uns zu Nutzen gemacht sei und wir von keiner Seite mehr angegriffen würden. Dies ist jedoch nicht der Fall; eine noch größere Arbeit liegt uns ob, damit wir das, was wir erreicht, auch erhalten. Darum ist es dringende Pflicht eines jeden Kollegen, regelmäßig in den Mitgliederversammlungen zu erscheinen. Es ist doch gewiß keine Ehre für unsere Partei, wenn von circa 140 Mitgliedern nur 20 in der Versammlung erscheinen. Wie heißt es da mit dem Lob, welches beim Ausbruch des Streiks den Kollegen und besonders demjenigen von der Gewerkschaftsbäckerei, vom Hauptvorstand zu teil wurde; in dies Verhalten denn auch nachahmenswert? Kollegen, tut Eure Pflicht, laßt Euch dies ein Mahnwort sein, kommt regelmäßig in die Versammlung, denn eine große Arbeit steht uns bevor.

Ein „nobler“ Bäckermeister. Mein Herr Siegel in Jandarm-Kontrollat zu sein. Als sein Lehrling die Scheweine fütterte und diese nicht fressen wollten (wahrscheinlich weil diese den Futtertag mit zum Sonntag bezogen), ließ er ihn zu sich kommen und traktierte ihn im Scherzestill herab, daß er mit Rot am ganzen Leibe behaftet war. Der Lehrling lief auf die Polizeiwache und meldete es. Vom Innungsratsgericht erhielt der Meister eine strenge Mahnung. Ob er nun seine Lehrlinge etwas menschlicher behandeln wird?

Verdiente Strafe. Drei Monate Gefängnis erhielt vom Schwurgericht Hörde am 1. Juli unter früherer Qualifier der Mitgliedschaft Dortmund, welcher in leichtsinniger Weise dem Verband 50,00 M unerschlagen hatte.

Leitung. In der Woche vom 27. Juni bis 3. Juli gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Für Monat Juni: Mitgliedschaften 57,90, Beiträge 11,30. Für Mai und Juni: Beiträge 22,90. Für Mai: Görlitz 30,95, Bad Reichenhall 60,30. Für April und Mai: Köpenick 57,80. Von Einzelzahlern der Hauptkasse: E. O. Aachbach-Erlangen 13,—, F. E. Wellmann 350, W. E. Kants 210, F. L. Brühl 400, P. A. Göbing 550, A. J. Hahn 2,—, A. G. Hof 130. Für Annahmen: Penzance-Kaffe Dresden 40,— und Paderburg 45,—. Der Hauptkassierer: Fr. Friedmann.

Mitgliedschaft Hamburg, Sektion Weißbäcker. Donnerstag, 14. Juli, Nachmittags 4 Uhr Mitglieder - Versammlung bei Herrn Hilmer, Gänsemarkt 35. Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Parteibericht. 3. Verschiedenes. A 2.— Der Vorstand.

Der Kollege Julius Hornström, der am 10. Juni nach Berlin reiste und dessen letzte bekannte Adresse war: Bäckerei Gudehus in Wiebe, Kreis Celle, wird ersucht, sich bei seinen Eltern Klempner Porenström, Kopenhagen, Skindsgasse 48, III., zu melden. Kollegen, die den Aufenthalt dieses Kollegen kennen, werden ersucht, denselben hierauf aufmerksam zu machen. Der Verbandsvorstand.

Unserem Kollegen Johann Herrmann nebst seiner lieben Braut bringen wir zur Vermählung die herzlichsten Glück- und Segenswünsche! A 1.80] Mitgliedschaft Wiesbaden.

Zur Unfertigung von Herren-Anzügen nach Maß mit elegantem Schnitt und Sitz in jeder Preiskategorie empfiehlt sich allen Münchener Bäckergesellen A 2.10] Gg. Prem, Schneiderstr., Gelerstr. 20.

- Versammlungs-Anzeiger.
- Altenburg. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 14. Juli, im „Schwarzen Adler“, Kesselgasse.
 - Altona. (Großbäcker). Mitgl.-Verf. Sonnabend, 9. Juli, Abends 7 1/2 Uhr, bei Fels, gr. Bergstr. 136.
 - Augsburg. Doffentl. Verf. Mittwoch, 27. Juli, Nachm. 4 Uhr, im Schwan, Oberer Graben.
 - Dresden. Doffentl. Verf. Dienstag, 12. Juli, Nachm. 3 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
 - Dresden. Mitgl.-Verf. Dienstag, 19. Juli, Nachmittags 3 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (Mit Vortrag).
 - Berlin (Bezirk Niddorf). Mitgl.-Verf. Dienstag, den 12. Juli, Nachm. 4 Uhr, bei Thiel, Bergstr. 151-153.
 - Dant-Wilhelmshafen. Mitgl.-Verf. Donnerstag, den 28. Juli, bei H. Held, Grenzstr. 34.
 - Bad Reichenhall. Mitgl.-Verf. Mittwoch, den 13. Juli, Nachm. 3 Uhr, in der „Blauen Traube“.
 - Bergedorf. Mitgl.-Verf. Sonntag, 10. Juli, Nachm. 3 1/2 Uhr, bei W. Stille, Sachsenstraße.
 - Bremen. Mitgl.-Verf. Sonntag, 10. Juli, Nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Wegel, Ansgariborstr. 12.
 - Basel. Zusammenkunft jeden Donnerstag. Mitglieber-Verf. jed. erst. Dienstag im Monat im Hotel Blume, Schwabengasse, bei der alten Rheinbrücke.
 - Bielefeld. Mitgl.-Verf. Dienstag, 12. Juli, Abends 8 Uhr in der Centralhalle.
 - Chur (Schweiz). Verf. alle 14 Tage Donnerstags im Restaurant „zum Ochsen“, Lufmaniergasse.
 - Cöln a. Rh. Mitgl.-Verf. Mittwoch, 13. Juli, bei Haase, Schaafenstr. 45.
 - Cottbus. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 21. Juli, Nachm. 3 1/2 Uhr, bei G. Rieß, Schloßkirchstr. 12.
 - Cottbus. Doffentl. Verf. Donnerstag, 14. Juli, Nachm. 3 1/2 Uhr, im Kongerthaus Kollwitz, Köbstr. (Referent Kollege Hade-Spremberg).
 - Dortmund. Mitgl.-Verf. Sonntag, 10. Juli, Nachm. 4 Uhr, bei Beul, Kaiserstraße 29.
 - Düsseldorf. Mitgl.-Verf. Sonntag, 17. Juli, Nachm. 2 1/2 Uhr, bei Wolters, Breitestr. 15.
 - Erfurt. Mitgl.-Verf. Dienstag, 12. Juli, 3 1/2 Uhr im „König von Preußen“, Futterstr.
 - Essen. (Ruhr.) Mitgl.-Verf. Sonntag, 17. Juli, Nachm. 3 Uhr, in der „Stadt Berlin“, Limbederstr. 31.
 - Hensburg. Mitgl.-Verf. Dienstag, 19. Juli, bei Kerub, Schleswigerstr. 28.
 - Jülich i. B. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 28. Juli, im „Saalbau“.
 - Sera. Mitgl.-Verf. Sonntag, 10. Juli, Nachm. 3 Uhr, in der Löwenburg, Schmelzhüttenstr.
 - Görlitz. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 21. Juli, im „Goldnen Kreuz“, Langenstr. 43.
 - Hannover. Mitgl.-Verf. Dienstag, 12. Juli, Nachmittags 4 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Calenbergerstr. 32.
 - Homburg v. d. G. Mitgl.-Verf. Sonntag, 10. Juli, Nachm. 2 Uhr, im „Bayerischen Hof“, Dorotheenstr. 25.
 - Höchst a. M. Mitgl.-Verf. Mittwoch, 13. Juli, Nachm. 3 Uhr, im „Vogel-Rod“, Humboldtstr. 1.
 - Jena. Mitgl.-Verf. Sonntag, 10. Juli, Vorm. 10 Uhr, im Vereinshaus „Solidarität“.
 - Königsbrunn. Doffentl. Verf. Sonntag, 10. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im Rest. „Talbühse“, Menzelstr. 24.
 - Kandshut. Mitgl.-Verf. Mittwoch, 13. Juli, im Hofbrau, Neustadt 444.
 - Leipzig. Mitgl.-Verf. Mittwoch, 20. Juli, Nachmittags 4 Uhr, in der Flora, Windmühlenstr. 14-16.
 - Mes. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 14. Juli, Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant Uhlemann, Karlstr. 4.
 - Magdeburg. Mitgl.-Verf. Donnerstag, 14. Juli, im „Dreikaiserbund“, gr. Storchstr. 7.
 - Oldenburg. Mitgl.-Verf. Sonntag, 10. Juli, 4 Uhr, bei Wehrkamp, Kurwiltstr. 28.
 - Plauen i. Vogtl. Mitgl.-Verf. Sonntag, den 10. Juli, Nachm. 3 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
 - Reimscheid. Mitgl.-Verf. Sonntag, 10. Juli, bei W. Thiel, Bismarckstr. 43.
 - Rosenheim. Mitgl.-Verf. Dienstag, 12. Juli, im „Frühlinggarten“.
 - Schönebeck a. E. Mitgl.-Verf. Donnerstag, den 14. Juli, bei Neugebauer, Friedhofstr. 10.
 - Saalfeld. Doffentl. Verf. Sonntag, 17. Juli, Nachm. 4 Uhr. (Lokal wird noch bekannt gegeben.)
 - Solingen. Mitgl.-Verf. Sonnabend, 16. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Fischer, Schützenhof.
 - Solingen. Doffentl. Verf. Samstag, 9. Juli, Abends 8 1/2 Uhr, bei E. Fischer, Schützenstr.
 - Zürich. Verf. jeden 1. Donnerstag im Monat im Verehrtslokal „Rothhaus“, Marktstraße, Zürich I. Reiseunterstützung bei Giger, Dienerstr. 29, Zürich III.

Für die Redaktion verantwortlich: D. Allmann, Hamburg, Markstraße 6. Verlag von D. Allmann, Hamburg. Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbek, Friedenstr. 4.

Bäckerbewegung im Auslande.

Der Lohnkampf der Bäckerarbeiter von Innsbruck hat mit einem glänzenden Siege...

Aus Budapest wurden die bürgerlichen Blätter... Der Lohnkampf der Bäckerarbeiter von Innsbruck...

verlassen. In den meisten Fällen ist man dann aber...

Von da ging nach Stettin. Hierüber ist bereits in der Zeitung berichtet...

In Danzig und Königsberg waren die Versammlungen verhältnismäßig gut besucht...

Von hier ging nach Gding, wo einer von jenen Mitgeleiteten vorhanden ist...

In Posen, Thorn und Bromberg waren die Versammlungen schlecht besucht...

In Breslau angekommen, konnte man gleich wahrnehmen...

In Liegnitz und Görlitz waren die Versammlungen nicht sehr stark besucht...

So habe ich nun auch diese Tour, die hauptsächlich dazu dienen sollte...

Aus unserem Berufe.

Aus Effenburg i. Baden. Wie allerwärts im Bäckergewerbe...

Der letzte Streikbrecher wurde, weil Mangel an Arbeit...

nommen wurde. Als letzter, o welche Ehre, kam Behrhorst...

Etwas neues aus Oberschlesien. Am 26. Juni fand in Königshütte die Feier...

Wer hat geschwindelt und gelogen? Nach der „Stuttgarter Bäckerzeitung“...

Genossenschaftliches.

Der Allgemeine Konsum-Verein in Augsburg beschloß in seiner Generalversammlung...

Düren. Der hiesige Konsum- und Sparverein beschloß in seiner letzten Sitzung...

Die Bäckereigenossenschaft Dsnabrück mit 1895 Mitgliedern erzielte bei einem Geldumlauf...

Der Konsumverein zu Bayna i. Thür. hat in seinem 12. Geschäftsjahre...

Herr Ruhn-Dannover, der Häufelmaier und Bäckerinnungsrichter...

Agitationsbericht.

Mit ein wenig Neugierde trat ich die Tour nach der mir bisher ganz unbekanntem Gegend...

eine Erdrosselungssteuer und mußte sich dafür eine scharfe Abfertigung vom Stadthauptmann Götting gefallen lassen. Ein Herr von Hannover forderte eine Umsatzsteuer, durch welche den Konsumvereinen und Warenhäusern Grund und Boden entzogen werden sollte. Ein sehr konfusler Redner war ein Herr Ruhn, der in einer Resolution forderte, daß die „Auswüchse“ (Konsumvereine und Warenhäuser) durch gesetzgeberische Verordnungen beseitigt bzw. verschärft werden sollten. Bürgermeister Küster verlangte, daß die Arbeiter mit allen Vorkorderungen zurückgewiesen werden sollten, so lange sie in Warenhäusern kauften. In drastischer Weise wurden einige dieser Herren von Herrn Tischlermeister Peters-Hannover zurückgewiesen. Nach dem uns vorliegenden Bericht äußerte Peters sich folgendermaßen:

Ich erlaube Sie, meine Herren, die Resolution des Herrn Ruhn abzulehnen. Derartige Anschauungen, wie darin niedergelegt sind, gehören in die Zeit der Rüste, die jetzt glücklich hinter uns ist. Herr Küster will hier den Mittelstand vertreten, er, der ein Großbauunternehmer ist! Er selber schert sich den Teufel darum, ob seine Handlungsweise mit seinen Ansichten, die er äußert, auch übereinstimmt. Handelte er danach, dann dürfte er auch nicht ganze Bauten mit den Tischler-, Maler- und Schlosserarbeiten übernehmen, denn er ist kein Tischler oder Schlosser. (Großer Lärm.) Ja, das ist doch recht, wenn Sie hier sagen, daß ein Warenhaus keine Kürschnerwaren verkaufen soll, keine Schuhwaren usw. (Erneuter Lärm.) Wir leben in der Zeit der Gewerbefreiheit, und ich sage: Gottlob! Jeder kann tun und lassen, was er will, und es geht niemandem etwas an, wie er es tut, wenn er die Gesetze nicht übertreibt!

Herr Ruhn spielt sich hier auf als Gegner der Konsumvereine. Ich bin für die Konsumvereine und verdenke es den Arbeitern nicht, wenn sie Konsumvereine gründen. Es hier um ja dasselbe. (Großer Lärm, an dem sich Herr Ruhn besonders beteiligt.) Na, dann werde ich Ihnen das beweisen.

Herr Ruhn, sind Sie nicht Mitglied der Kohleneinkaufsgesellschaft?

Ruhn: Ja! (Stürmische Heiterkeit.)

Peters: Ist das kein Konsumverein?

Ruhn: Nein! (Lachen.)

Peters: Sind Sie nicht Mitglied der Gesellenkaufsgenossenschaft?

Ruhn: Ja! (Stürmische Heiterkeit.)

Peters: Ist das kein Konsumverein?

Ruhn: Nein! (Stürmisches Gelächter.)

Herr Peters fragt noch nach zwei Genossenschaften, deren Mitgliedschaft Ruhn aber verneint. Auf die Frage, ob er Gründer der Kohleneinkaufsgenossenschaft sei, antwortet Ruhn mit nein, bejahet aber die weitere Frage unter lautem Gelächter der Versammlung, daß er Mitbegründer der Genossenschaft ist.

Peters fortfahrend: Herr Ruhn, bei zweien habe ich Sie aber gepakt. (Heiterkeit.) Meine Herren! Herr Ruhn ist also selber in zwei Konsumvereinen und bekämpft die Konsumvereine! (Große Heiterkeit und Lärm.) Also lassen Sie doch den Arbeiter tun, was er will, er macht Ihnen ja auch keine Vorschriften. Wenn es die Kaufleute und die Bekämpfer der Konsumvereine den Arbeitern erst vorwachen, dann können Sie es diesen doch nicht vorzagen, wenn sie dasselbe mit demselben Recht tun. Ich bitte Sie, stimmen Sie deshalb gegen die Ruhn'sche Resolution.

Angenommen wurde zum Schluß eine Resolution des Rechtsanwalts Woltered, der die gerechtfertigte Besorgnis zum Ausdruck brachte, daß sich der Provinzialverbandstag der hannoverschen Bürgervereine mit seiner Konsumvereins-Debatte blamieren und allseitig ausgelacht werde.

Bemerkenswertes aus den Mitgliedschaften.

Am Sonnabend, den 2. Juli, fand eine allgemeine Brotbäcker-Versammlung im „Volkshaus“ statt, die sich nochmals mit den jetzt eintretenden Veränderungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Kollegen in den Großbetrieben und mit dem Tarif im allgemeinen befaßte. Kollege Jünger machte bekannt, daß es noch vor wenigen Tagen schien, als ob einige Fabrikanten den Tarif nicht unterzeichnen wollten, trotzdem sie demselben in ihrer Versammlung ihre Zustimmung gegeben hatten. Gemeinte er wüßte freunden mitteilen, daß derselbe von 12 Fabrikannten unterzeichnet sei und jetzt gestern in deren Betrieben anhängt. Nur die Fabrik der Harmer Brotfabrik und der Brotfabrik von Hamann & Kaiser in Hagen lehnten die Einführung des Tarifs entschieden ab. Mit der Brotfabrik von Kullenberg in Solingen stehe man in Unterhandlung und sei dessen Bewilligung sehr wahrscheinlich. Die Wuppertaler Kollegen konnten auf ihre Erfolge stolz sein, sie sollten nun aber durch engen Anschluß an die Organisation dafür sorgen, daß sie die Frucht, die sie durch dieselbe geerntet hätten, auch genießen könnten. In der Diskussion wurde eine Anzahl von Fragen gestellt und geklärt, die sich auf die neuen Bestimmungen bezogen, die Lohnkommission wurde aufgelöst, indem man ihr für ihre gute, bejammerte Tätigkeit dankte. Zum Vorsitzenden wurden die Kollegen Götte und Jünger und als Stellvertreter die Kollegen Jgel und Kollmann gewählt. Eine längere Debatte entspann sich unter „Verschiedenem“ über das Gebahren der sogenannten „Christlichen“. Derselben verfahren jetzt, wo die Brotbäcker-Kollegen diesen Erfolg lediglich durch die Zustelle Eibert's des Bäderverbandes errungen haben, auch wüßten diese einen Weg zu finden und sie „christlich“ zu organisieren. Als Motion einbrachte sich der Kollege Schulte im Deubertigen Bezirk. Während der ganzen Bewegung war von dieser Gesellschaft nichts zu hören und zu sehen, jetzt kommen sie, um den Kollegen die Erhaltung ihrer Erwerbsverhältnisse wahrscheinlich unmöglich machen zu wollen. Schulte erhielt von den Kollegen Götte, Jünger und Brand eine ganz gehörige Wajche. Ob diese „Brüder in Christo“ wohl hab' einsehen, daß in Rheinland und Westfalen die Kollegen zu erhaben sind, um sich für ihren Hochmut zu begeistern?

In Halle fand am 21. Juni eine gut besuchte öffentliche Versammlung im „Goldenen Hirsch“ statt. Ueber den Bescheid der Berliner Kollegen referierte Koll. W. Kohl aus Dresden. Sein seit 11-jähriger Vortrag schulderte an bescheiden Worten den Verlauf des Streiks, der durch das grobe Verhalten der Reiner veranlaßt worden ist. Am einmütigen Zusammenhalten der Kollegen, an der Loyalität und an der Unterstützung der Berliner Bevölkerung brod' jedoch der reinerliche Uebermut. Auch hier in Halle werden die Verhältnisse nicht eher besser werden, als bis die Kollegen den Wert der Organisation begreifen und sich sämtlich dem Bunde anschließen haben. Der Vorsitzende forderte in der Diskussion zunächst etwa anwesende Gegner auf, sich zu äußern. Aber niemand meldete sich für den Verband und über lokale

Verhältnisse sprachen die Kollegen Streitschmer und Friedrich. Auch ihnen wurde reichlich Beifall zu teil. Nach einem kräftigen Schlußwort des Referenten wurde die Versammlung mit dem Hinweis geschlossen, daß auch durch dieselbe unsere Organisation am hiesigen Orte wieder noch einen guten Schritt vorwärts kommen möchte. Fünf Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen.

In Landshut referierte am 19. Juni in gut besuchter Mitglieder-Versammlung Kollege Gahner-München über das Thema: „Die siegreichen Streiks in unserem Bereiche und wann können die Landshuter Kollegen wieder einen Schritt vorwärts tun“. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und wurden in der Versammlung auch 4 neue Mitglieder gewonnen.

Die Mitgliedschaft Leipzig hielt am 22. Juni ihre Versammlung in der „Flora“ ab. Redakteur Wagner hielt einen Vortrag über das deutsche Beamtentum, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Kollege Freitag forderte die Anwesenden auf, sich auch der politischen Organisation anzuschließen und die „Volkszeitung“ zu abonnieren. Zum zweiten Punkt, Entrichtung der Streikbeiträge, stellte Neumann den Antrag, den vom Hauptvorstand ausgesprochenen Streikbeitrag von 1 M für jedes Mitglied, aus dem lokalen Streikfonds zu entrichten. Freitag beantragte, daß jedes Mitglied den Streikbeitrag nach Hamburg selbst bezahle, dafür aber zwei Monate und zwar Mai und Juni die örtliche Streiksteuer auszusparen. Der Antrag Neumann wurde nach längerer Debatte mit geringer Majorität abgelehnt und der Antrag Freitag mit geringer Majorität angenommen. Die Forderung nach Erhöhung der Mitgliedsbeiträge ist nochmals an die Konsumvereinsverwaltungen gerichtet worden. Es sind nur von zwei Verwaltungen Antworten eingetroffen, welche auf die sich wegen des Tarifs nötig machenden Verhandlungen mit dem Hauptvorstande verweisen. Die Angelegenheit wurde bis zur nächsten Mitgliederversammlung vertagt. Betreffs des Lohnabzuges im Konsumverein Entschuldig gab Kollege Freitag bekannt, daß die Klage vom Gewerbegericht abgewiesen worden sei. Gegen die Begründung, welche die Verwaltung geltend machte, sei vom rechtlichen Standpunkte nichts einzuwenden, jedoch vom moralischen und menschlichen. Die Entschuldig Kollegen bemerkten, daß sie in einer Werkstellerversammlung beschließen hätten, für die siebente Schicht einen 25-prozentigen Lohnzuschlag zu verlangen, um den Ausfall wieder wett zu machen. Es wurde nochmals auf das am 26. Juni in den Westendhallen zu Magd' stattfindende Sommererträgnisse aufmerksam gemacht und dann die schwach besuchte Versammlung geschlossen.

In Magdeburg fand am 23. Juni eine öffentliche Versammlung statt. Kollege Schneider-Berlin referierte über: „Die Wirkung des Berliner Streiks auf die anderen Städte“. Er schilderte die traurigen Lohn- und Arbeitsverhältnisse in unserer Berufe und bat die Kollegen, sich nun endlich einmal aufzuraffen, um ihre traurige Lage zu verbessern, endlich einmal der Organisation beizutreten, um den Meistern, ebenso wie die Berliner Kollegen, den Kampf anzubieten, denn zu verlieren hätten wir doch nichts. Dann sprach er über den Tarifvertrag der Münchener Kollegen, über die Kämpfe in Kiel und Lübeck, und daß, trotzdem sich in Berlin das Zentral-Streikbrecherbureau befindet, sich fast kein einziger Kollege nach diesen Städten hinbegab. Nun führte er so recht die Gemeinheiten der Berliner Janungsbrosen vor. Besonders den Kleinkampf des Boykott-Abwehrschusses der Janung mit unserer dortigen Verbandsleitung, aber alles dieses kann den Berliner Kollegen den glänzenden Sieg nicht abstreitig machen und dieser Sieg hat in ganz Deutschland eine große Sympathie für unsere Sache hervorgerufen, aber diese kann uns nicht eher nützen, bis sämtliche Kollegen in dem Verband sind, auch die Vergnügungsdereiner sollten danach trachten, sich erst ein besseres Latein zu verschaffen und dann ihren Vergnügungen nachgehen und diese würden ihnen dann auch vom Verband geboten. An der Diskussion, wo besonders über die Mitzstände in hiesigen Bäckereien (diese sind in der hiesigen „Volksstimme“ veröffentlicht) gesprochen wurde, beteiligten sich die Kollegen Deeren, Jöllmer, Starr und Moltrecht. Nachdem noch eine Resolution des Kollegen Zacharias einstimmig Annahme fand und der Referent sich mit kräftigen Schlußworten an die Versammlung wandte, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den deutschen Bäderverband geschlossen. Einige Kollegen ließen sich als Mitglieder aufnehmen.

In Wilhelmshaven kam in der Mitglieder-Versammlung am 30. Juni nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hauptsächlich die Einführung der Nachtarbeit in der Konsumbäckerei zur Sprache. Kollege Buddenberg tadelte es, daß auch der Konsumverein die ungeheure und verwerfliche Nacharbeit zur Einführung bringe, während Kollege Aries die Vorteile hervorhob, welche diese Einrichtung im Gefolge hat, so hauptsächlich die Einrichtung der Achtstundenfrist für alle in diesem Betriebe beschäftigten Kollegen. Letztere Ansicht wurde von der Versammlung geteilt und die Einführung der Achtstunde Nachtarbeit einstimmig begrüßt.

Ein Mehlwurm an den christlichen Packer!

Neb' immer Treu und Redlichkeit,
Wie's Ehrenmänner Brauch —
Sonn' geht die Zeitungstafel pleit'
Und deine Ehre auch!

Dann launst du 1500 Mark
Bezieh'n noch jahrelang,
Denn Geist bleibt fürder groß und stark
Und du wirst niemals krank!

Dann lebst Herr Bernard sorglos frei
Als ehrenwerter Mann,
Und brauchst mit keiner Klagelei
Sich nicht blamieren dann!

Dann übe Treu und Redlichkeit
Bis an dein süßes Grab
Und wachse vor der Obrigkeit
Dir diese Schande ab!

Zentralranken- und Sterbekasse der Bäder. u verw. Berufsgenossen Deutschlands (G. S.) 42.

(Sitz Dresden.)

Anträge zur ordentlichen Generalversammlung.

Dresden. Das jetzige Statut nebst Nachträgen und den neuen Änderungen in ein anderweit revidiertes Statut zu verschmelzen.

Zu § 2, 2. Als verwandte Berufsgenossen sind Müller, Konditoren, Bäckereiführer und alle anderen in diesen Berufen beschäftigten Arbeiter anzusehen.

Harburg a. E. Als verwandte Berufsgenossen sind alle in den Müller-, Konditor-, Bäckereiführer- und Bäckereien beschäftigten Arbeiter anzusehen.

Dresden. Zu § 4, 2. Der Ausschluß kann auf Verlangen des Kassenvorstandes erfolgen, wenn ein Mitglied:

- a) zwei Monate Beiträge schuldet;
- b) eine ihm auf Grund dieses Statuts auferlegte Ordnungstrafe innerhalb der aufgegebenen Frist nicht bezahlt;
- 3. Der Ausschluß muß erfolgen, wenn ein Mitglied:
 - a) mit seinen Beiträgen länger als drei Monate im Rückstande ist, ohne daß sie ihm gestundet waren;
 - b) bei seinem Beitritte über die die Aufnahme bedingende Voraussetzung hinsichtlich falsche Angaben macht oder eine ihm anhaftende und bekannte Krankheit oder förderliches Gebrechen verheimlicht;
 - c) sich einer solchen strafbaren Handlung schuldig macht, welche zugleich eine Verletzung des Statuts in sich schließt.

4. Mit dem Austritte bzw. Ausschlusse verliert das Mitglied alle Ansprüche an die Kasse, soweit der Anspruch auf Unterstützung nicht schon zu diesem Zeitpunkt begründet war.

5. Das Mitglied gilt ohne weiteres und ohne daß es einer schriftlichen Mitteilung an dasselbe bedarf, als ausgeschlossen, wenn es länger als drei Monate Beiträge schuldet, ohne daß sie ihm gestundet sind. Im übrigen endet die Mitgliedschaft mit dem Tode, an welchem dem Ausschlußkomitee der diesbezügliche Bescheid durch den Bevollmächtigten der örtlichen Verwaltungsstelle oder durch den Kassenvorstand schriftlich bekannt gemacht worden ist. Diese schriftliche Mitteilung gilt auch dann als bewirkt, wenn der mit der letzten bekannten Adresse des ausgeschlossenen Mitglieds verfehene Brief als unbestellbar zurückkommt.

Berlin. Zu § 5, 1, Abs. 2 statt 1. Klasse „3. Klasse“ zu setzen.

Leipzig und Harburg a. E. Zu § 5, 1. Die Worte „aufser doppelt versicherten“ und die Bestimmung unter Abs. 2 zu streichen.

Dresden. Zu § 6, 3. Die Beiträge sind im voraus zahlbar und betragen: 1. Klasse monatlich 1.80 M, 2. Klasse 2.— M, 3. Klasse 2.20 M.

Berlin. 1. Klasse 2.20 M, 2. Klasse 2.— M, 3. Klasse 1.70 M.

Leipzig. 1. Klasse 1.70 M, 2. Klasse 1.90 M, 3. Klasse 2.10 M.

Berlin. Die frühere Bestimmung in § 6, 10 wieder einzuführen.

Frankfurt a. M. Einem kranken Mitgliede sind während seiner Krankheit die Beiträge zu erlassen.

Berlin. Zu § 7, 2 b. Kranfengeld täglich: 1. Klasse 1.90 M, 2. Klasse 1.70 M, 3. Klasse 1.40 M.

Zu § 7 folgenden Zusatz: Der 1. und 2. Klasse bei Verpflanzung im Krankenhaus pro Tag 10 S zu vergüten, mit Ausnahme der Klasse der doppelt versicherten.

Dresden. Zu § 7, 4, Abs. 3. Den gebannten Aufwand für ärztliche Behandlung, Arznei und die unter 2 a erwähnten Heilmittel zu dem am Sitze der Kasse mit ihren Kassenärzten und sonstigen Stellen vereinbarten Preise zurückzuerstatten, oder es wird nach Einlegung der Rechnung der berechnete Betrag durch die Kasse beglichen.

Doppel versicherten Mitgliedern, welchen die ärztliche Behandlung aus einer anderen Klasse gewährt wird, werden die Kosten für Ausstellung eines ärztlichen Attestes oder eines wöchentlichen Krankenscheines bis zu 1 M zurückvergütet.

Zu § 9. Die Nichterneuerung des wöchentlichen Krankenscheines mit Ordnungsstrafe zu belegen.

Die Bestimmung unter Ziffer 3 als letzten Absatz zu streichen und der Ziffer 5 folgende Fassung zu geben: Erkrankte Mitglieder dürfen ohne Erlaubnis des Arztes und ohne Genehmigung des Kassenvorstandes den Bezirk einer öffentlichen Verwaltungsstelle nicht verlassen.

Zu § 11, 1, Abs. 2 (§ 6, 1. Nachtrag). Statt „aus welchen“ unter deren Hinzuziehung“ zu setzen.

Als Zusatz zu § 11 und § 13: Der Kassenvorstand sowie der Ausschuß sind berechtigt, selbständig Anträge an die Generalversammlung zu stellen.

Berlin. Den § 13 zu streichen und folgende Fassung zu geben:

Der Ausschuß muß einen anderen Sitz haben als der Hauptvorstand.

Am Sitze des Hauptvorstandes ist eine von der Generalversammlung zu wählende Revisionskommission einzusetzen.

Dresden, Harburg, Meuselwitz. Zu § 14, 13. Statt 7 M 10 M Diäten.

Berlin. 9 M Diäten.

Altona. Außerdem für eventuell entgangenen Arbeitsverdienst pro Tag 4 M Entschädigung.

Dresden. In § 16, 11, die Worte „Mitglieder der örtlichen Verwaltung“ zu streichen.

Berlin. Zu § 20, 3. Zusatz: Außerdem ist jede örtliche Verwaltungsstelle berechtigt, von einer Zeitschrift, welche die Interessen aller Krankenkassen vertritt, ein Exemplar auf Kosten der Kasse zu halten.

Altona. Zu § 22, 1. Statt „vier Fünftel“ „zwei Drittel“ zu setzen.

Zu § 23. Den Satz „so wird — verteilt“ zu streichen und dafür zu setzen: „so haben über die Verwendung derselben die stimmberechtigten Delegierten der letzten Generalversammlung mit einfacher Majorität zu beschließen.“

Anträge auf Einführung der Familienunterstützung.

Altona. Wenn der Antrag auf Einführung der Zuschußkasse abgelehnt wird, freie ärztliche Behandlung für Familienangehörige verheirateter Kassenmitglieder gegen einen von diesen besonders zu leistenden Ertragsbeitrag von monatlich 50 S einzuführen.

Frankfurt a. M. Einführung einer Familienkasse mit einem monatlichen Beitrag von 1.20 M; für jedes Kind weitere 10 S, jedoch mit einem Höchstbeitrag von 1.50 M.

Meuselwitz. Jedem doppelt versicherten Mitgliede der Kasse freie ärztliche Behandlung und Arznei für dessen Familienangehörige zu gewähren.

Berlin. Resolution: Die Generalversammlung möge den Kassenvorstand beauftragen, bis zur nächsten Generalversammlung Material zu sammeln über die Krankenversicherung der Familienmitglieder.

Altona und Plauen i. B. Die Zentralkasse mit dem 1. Januar 1905 in eine Zuschußkasse umzuwandeln.

Altona. Bis zum 1. Oktober den Verwaltungsstellen gebrauchsfähigere Beitragsmarken 1. Klasse zuzustellen und die alten einzuziehen.

Der Kassenvorstand.

J. A.: Carl Bietichmann, Vorsitzender.